

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2.30 Mark, monatlich 1.10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2.30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Singsen in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die langgehaltene Zeitzeile oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Veranlassungs-Kreuzen 20 Pf. Inverste für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Zerufsprecher: Amt 1, Br. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 12. Juni 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Quittung.

Im Monat Mai gingen bei der Parteikasse folgende Beiträge ein:

Machen 10.—. Allen, durch den Vertrauensmann 20.—. Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 4. Kreis (Osten) 500.— (darunter Statthalter Rückwärts 18.—, Kleine Musterwerkstatt 3,80, Bierprocente von 8 Mann von Belling u. Dirsch 4.—) 14. Kreis (Südost) 1000.— (darunter Stammtisch bei Rebellin 1,90. Gesammelt am 1. Mai in der Maschinenfabrik von Skirwan und Ko. 16,80). 6. Kreis (Moabit) 500.— (darunter P. W. von der Meißner-Arbeit in Straußberg 1.—. Von den Viertelschleppern der vereinten Sangesbrüder Moabits 6,80. Von den gemütlichen Kostködern 17,20. Wahlbezirk 567 24.—). 6. Kreis (Oranienburger Vorstadt, Wedding und Gesundbrunnen) 600.— (darunter von Zimmerleuten aus der Heringsdorferstraße am 1. Mai 7.—. Von den Formern der Grünauer'schen Fabrik am 1. Mai 7,85. Restaurateur Herrmann, Hochstr. 1b, 10.—. Von Blumenthal durch Abraham 0,70. N. Nr. 28 6,20. Amerikanische Auktion bei Post, Briesenstr. 7, 1,55). Berlin diverse Beiträge: A. B. 50.—. P. S. 50.—. Nothel's Weichen 10.—. Von den Schlossern bei Schäfer u. Hauscher mit Ausnahme von Zweien 4,95. Aus der Werkstatt von Bogt, Weberstraße, 7.—. Arbeiter der Schriftgießerei und Messinglinien-Fabrik von Verthold 85.—. Von den Unzufriedenen in der Goldschrank-Fabrik von Ade 12.—. Gesammelt am 1. Mai von den Kollegen der Gummi-Fabrik Hochstr. 30a 9,00. Dr. V. A. 20.—. Vom Hundegang eines Ausgelernten durch Andrea 2.—. Von 2 Genossinnen 1,50. Norden 1,60. Von den Loggebern, Lederzurichtern und Berufs-genossen 20.—. Gärtler bei Gebr. Linz, Brandenburgstraße, 6.—. W. 15. Bezirk, amerik. Auktion Geburtstagsfeier Wiesenstraße durch Kuschel 2.—. Gef. von Marchner am 1. Mai in der Stockfabrik von Späth in Rixdorf 5,05. Gef. bei einer sib. Hochzeit von A. Pent 4.—. Gemüthl. bei Wöden durch D. F. 1,50. Von den Franktireurs —,75. Vom mißliebigen Budiker 3.—. Nothe Buchbinder aus der Grünstraße 5.—. Aus dem 1. Kreis durch Petermann für Arbeit am 1. Mai 1.—, desgl. Athanas 1,50. Sa. 2,50. Ost 50.—. Vieherei Oranienstr. 9 5,70. Gehilfenfeier Charlottenstr. 95 2,00. Für eine Maifest-Feiung 1.—. Krebsjauche Finkenheerd 4,80. Von den Mosaischenlegern 15,80. M. durch A. 10.—. Von zwei Genossinnen 3.—. Am 1. Mai gesammelt b. Gruppe 5,75. Für ein Ständchen durch „Norddeutsche Schleiße“, Groß Ostel Karl 5.—. F. B. 48 1.—. Gesammelt in der Malerwerkstatt D. Erde, Nollstr. 48, zur Maifeste 5,90. Gesammelt am 1. Mai von den Klempnern bei Nonnenmacher 2,80. Gesammelt am 1. Mai in der Metallwaaren-Fabrik C. Solms 9.—. Von Mitgliedern der 27er 3,45. Amerik. Auktion b. d. Landpartie des Regellubs „Herz“ 5,40. Maifester bei S. 2.—. Gef. am Viertisch von mehreren Arbeitern

der Ulbrich'schen Wagensabrik Bestend 5,70. A. 1.—. Drei Arbeiter aus der Musterwerkstatt Tempelhof 1,20. Freiwillige Beiträge zum 1. Mai, Ploß Strauer, Marienburgerstr. 38/39 16,50. Verein Rhetorik 10.—. Budiker, Breitestraße 3.—. Böldampf voraus 10.—. Ehemaliger Student 167 1.—. Ueberschuß der Bierprocente Tischlerwerkstatt Wolter, Büschingstraße 18,45. Tapezierer von Gersau, die am 1. Mai arbeiten mußten 6.—. 9 rothe Buchbinder von den 25 pSt. am 1. Mai 10,80. S. G. W. 4.—. 10 Kontobucharbeiter b. A. Jumps 1,95. Gef. auf einer Herrenpartie von den zielbewußten Schirmmacher 2,20. Jugendbund 6,50. J. B. —,50. Budiker, Breitestraße 3.—. Sauer 1.—. G. G. 2.—. Von Mitgliedern d. U.—dr. 2. Rate 4,38. Eugen 2,50. Budow, von Genossen 2.—. Breslau (Ost) 300.— (darunter Ungenannt durch B. G. 10.—). Breslau (West) 300.—. Bremerhafen, von Genossen 100.—. Bredow bei Stettin, B. Gampert 2.—. Böhlaus bei Weiser Dirsch, rothe Kindtaufe, Giffabeststr. 3.—. Boppard, ersparte Kirchensteuer von einem aus der Landeskirche Ausgetretenen 5.—. Genuß, von sozialdemokratischen Zitherspielern 35.—. Cottbus, Stammtisch in Hages Restaurant 6.—, von einer Verlobung 8,20. Sa. 9,20 Cottbus, Ueberschuß der Liedner'schen Volksversammlung 112,11. Grimnitzsch, gesammelt auf einem Ausflug der Gewerkschaften 12,35. Dortmund, aus einer rothen Schuhmacher-Werkstatt 3,50. Dortmund, amerik. Kutt. gemüthl. Abend der Böttcher 1,90. Ebing, Uebersch. d. Maifester, von den Genossen 30,40. Endingen, von A. K. gesammelt bei der Maifester 4,40. Eisdorf, vom Maifest 14,22. Ewing, Gesellschaft Zufriedenheit 20.—. Gesangverein Frohsinn 30.—. Sa. 50.—. Finsterwalde 50.— (darunter Ueberschuß der Maifester 28,18. Vom aufgelösten Wahlverein 17,17. Vom Gesangverein Vorwärts 4,65). F. G. Sch. —,70. Forst in der Lausitz 200.—. Finsterwalde, gesammelt auf einer Hochzeit 1,43. Frankfurt a. M., Sängerbund „Passale“ 100.—. Frankfurt a. O., zwei Grenadiere 1.—. Grabow i. M., durch B. 15.—. Gärtnern, von den Arbeitern der Mecklenb. Waggonfabr. b. einer Geburtstagsf. gef. 3,25. Gera (Neuß) 182.—. Heiligenstadt, Ueberschuß der Maifester 5,60. Hannau, vom Wahlkreis 100.—. Hamburg, Ban am Mittelweg, Borgelde 1. Rate 20.—. Bau Oberquersstraße und Landwehr-Allee-Gede 25.—. Sa. 45.—. Hannover 500.—. Hainichen (Sachsen) 10.—. Hamburg, Böhling und Mühle Zigarrenfabrik 25,44, desgl. 20,65, desgl. 15.—. Bude Hopfenmarkt 15.—, desgl. Fabrik Köhler, Kampstraße 10.—, desgl. B. und M., Zigarrenfortierer 5.—. Sa. 81,09. Halberstadt, durch den Vertrauensmann 50.—. Königsberg von A. M. 20.—. Kirchheimbolanden, echte Donnerberger Kaffe 4,30. Langenbielau, rothe Hochzeit 2,50. Landsberg a. W., Ueberschuß vom 1. Mai 6,50. Desgl. Ungenannt 3.—. Lützenwalde, Metallarbeiter 10.—. Lützenwalde, gesammelt durch Fr. Riesenwetter, rothe Hochzeit, Gaidestraße, 3,41. Merseburg, amerik. Auktion einer Mansuffalle 2,40. Magdeburg 500.—. Minden-

Lübbecke, aus dem Wahlkreise durch den Vertrauensmann 20.—. Mplau, von den Rumpfern 2.—. Münden (Hannover), rothes Biervergnügen 3. Pfingstfeiertag 1,20. Nieder-Schönweide 7,40. Neuhaudenleben, zum 1. Mai die Handschuhmacher der Fabrik v. Meinel und Köhl 5.—. Neudamm, zielbewußte Genossen 4.—. Norden, gef. auf dem Pfingst-Ausflug 11,65. Oelsnis i. B., schwarze Taube —,50. Offen- burg i. B., v. der Gesellschaft 7.—. Paris, sozialdem. Jesell, Uebersch. der Maifester 16.—. Pirmaßens, von einer rothen Kindtaufe 3,60. Reichenbach i. B., rothe Regalgarde 50.—. Rubla, v. G. D. 4,20. Stettin, von den Genossen 200.—. Schönheide i. C., Maifester 3.—. Steglitz, Zn 30.—. Straß- burg i. C., rothe Buchdrucker, Ertrag einer Sammlung am 1. Mai durch F. A. 50.—. Saarburg b. Trier, 4 bl. Kleeblatt 4.—. Solingen, Ueberschuß der Maifester Schützenhalle durch den Vertrauensmann 9,302.—. St. Johann, von fremden Zimmergesellen 4,80. Spandau, Statgesellschaft Falkenhagener- straße 4.—. Tiefenfurt, schlesische Maler 3,35. Travemünde, Aufhissen der Nothen 1,10. Teltower Kreis 100.— (darunter v. Steinfeld, Schönweide 80.—. Pflanzverein Cuba 8.—). Wertber 3000.—. Woltersdorf, von Zigarrenarbeitern gef. bei der Maifester 7,70. Zehdenitz, J. K. Ag. 55.—.

Berlin, den 9. Juni 1894.
Für den Parteivorstand
H. Gerlich, Ragnbachstraße 9, 1 Treppe.

Aus dem Reiche des Herrn Chielen.

Die preussische Eisenbahnverwaltung treibt Sozialpolitik nach ihrer Art, sie treibt sie in großem Stil, und ihr Vorgehen ist vorbildlich für die staatliche Betriebsweise überhaupt. Wer den Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der preussischen Staatseisenbahnen im Betriebsjahre 1892/93, der vor etlichen Monaten dem Landtage vorgegangen ist, sich darauf ansieht, wie die Sozialreform von Oben im Reiche Chielen's geübt wird, sieht auch hier, daß die Kulturaufgaben zurückstehen, daß sie leiden müssen unter der Herrschaft des Militarismus. Denn dieser ist der Schlüssel für die öde Ueberschußwirtschaft, die die Grundzüge großbürgerlichen Unternehmertums rück- sichtslos auch im Gebiete der fiskalischen Betriebe verwirklicht. Sparen auf Kosten der Kleinen, Sparen an Arbeitskräften, an Löhnen, das ist die verhängnisvolle Lösung auch der Eisenbahnpolitik.

In dem Bericht (S. 43/4) heißt es: „Infolge mehr-

Fenilleton.

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts. Von C. Spindler.

„Ich will ja wohl, lieb' Mutter,“ sagte der Knabe, eingeschüchtert durch den heftigen Ton, „aber heute war mir's, als singe ich wieder an zu träumen, und die Fremde ist gewiß die Schwarze, die mich schlagen will.“ — „Bäckerliches Zeug!“ eiferte Margarethe: „Wallrade ist Deine Schwester, Hans, und niemand sonst. Aber eine böse Schwester ist sie, ob sie gleich ein rothes lustiges Gewand trägt. Sie will uns arm machen, daß wir betteln gehen sollen, wie der arme Hug, dem Du alle Samstag seinen Keller an die Pforte bringst. Denk' Dir nur! Je weniger Du sie aber leiden kannst, je weniger vermag sie uns anzuhaben.“ — „Ich will ihr aus dem Wege gehen,“ versicherte der kleine Hans treuherrig: „Du mußt mir auch dagegen nichts thun lassen.“ — „Sorge nicht, mein Kind!“ tröstete Margarethe. „Ich will Dich hüten wie meinen Augapfel. Folge nur fein meinen Geboten, und es wird alles gut gehen.“ — Es ging auch alles nach ihrem Wunsche. Knabe und Stieftochter blieben einander fern, weil sie sich nicht suchten. Diether, der, von Gatten- und Vaterliebe gleich bedrängt, in seiner unwankeleibaren Gutmüthigkeit beständig hoffte: die Mistkühe seines Hauses würden sich endlich doch noch in den gewünschten Einklang auflösen, vermittelte, entschuldigte, sprach zur Söhne, wo und wie es sich nur thun ließ, und erhielt auf diese Weise einen Schein von Friedlichkeit im Hauswesen, welcher bald genug die ganze Stadt täuschte,

den nahen Verwandten- und Freundekreis nicht ausgenommen. Wallrade, die man geraume Zeit zu Frankfurt vergessen hatte, gewann nun neue Theilnahme durch ihr musterhaft sittsames Betragen, und durch die reuvolle Versöhnlichkeit, mit welcher sie, nach Diethers jubelvoller Behauptung, den Eltern die Friedenshand gereicht hatte. Der Altbürger, von den Glückwünschen seiner Freunde geschmeichelt, schwamm in einem Meere von Entzücken, und gewährte in seiner Herzensfreude nicht, wie zwischen Wallraden und Margarethen die Luft immer größer wurde, und zwischen Schweser und Bräuderlein dennoch keine Annäherung sich stiften wollte. Eine Woche war also hingeschwunden, — eine kurze Zeit für Seelen, die sich lieben, — eine lange für solche, die bloß das Band verhaßter Form verknüpfen, als Wallrade aus dem Vaterhause unmutig und düster nach ihrer Wohnung im Einhorn zurückkehrte. Verdrießlich beurlaubte sie den abgeschmackten Herrn, der durch eine weilläufige Vetterchaft das Recht gewonnen hatte, ihr als Begleiter auf dem Heimwege lästig zu sein. Verdrießlich trat sie in ihr Gemach, wo ihre Begleiterin in tiefen Gedanken verfunken, am Fenster saß. — „Gute Wallrade,“ sprach die letztere, die Eintretende froh begrüßend: „Wie freue ich mich, Dich schon so frühe bei mir zu sehen. Mich quälten heute ganz absonderliche Grillen.“ — „Wie so?“ fragte Wallrade entgegen. — „Der schöne Nachmittag hat mich verlockt, mit meiner Kleinen ins Freie zu gehen,“ antwortete die andere. „Wir haben die geräuschvollsten Straßen durchstrichen, und ich erging mich einmal wieder im warmen Frühlingschein. Meinen Kummer hatte ich mir durch Zerstreung erleichtert; — aber auf einmal wurde er verdoppelt in seiner Last. Plötzlich war mir's, als ob ich unter dem Gewühle der Menschen meinen armen Rudolf erblickte. Du glaubst nicht, Wallrade, welchen Eindruck der grüne Rod auf mich machte, den ich unsern von mir durch das Getümmel schimmern-

sah. Wie eine aufgeschuchte Taube machte ich mir Bahn, und flog dem rüstig Dahineilenden nach. Rudolf! rief ich in meinem Wahn, Vater! lachte mein Mädchen, als ob es meinen Schmerz theilte. Der Mann sah sich um, — und ich wahrte ein kaltes, fremdes Gesicht. O, wie hatte ich mich getäuscht!“ — „Und wie sehr verdienst Du diese Täuschung!“ erwiderte Wallrade hart: „Verbot ich Dir nicht, Dich in der Stadt zu zeigen? Ich mußte es ja wohl, daß Deine unselige Leidenschaft den Gassen ein Schauspiel geben, und die jungen müßigen Thoren in Bewegung setzen würde.“ — „Schilt mich,“ versetzte Frau Katharine, „aber zürne mir nicht ernstlich. Was würde aus mir, wenn ich Deine Freundschaft einbüßen sollte? Laß mich indessen erst gänzlich meine Erzählung zu Ende bringen. Einen besonderen Zufall habe ich noch zu berichten. Du kannst Dir vorstellen, in welcher Lage ich mich besand, als die Postnung, den Gatten zu empfangen, mir entwichen, sein Trugbild wie ein Gespenst unter meinen Händen in nichts zeronnen war. Mich kümmerte das Anstarren der Gasser nicht. In meinem, erst recht lebendig gewordenen Schmerze blickte ich auf zum Himmel, und drückte mein weinendes Kind heftig an die Brust, — da steht plötzlich ein junger Mann vor mir, in dem ich ohne Miße jenen Jüngling erkannte, der uns, wie ich Dir schon erzählt, zu Costniz den räthselhaften Besuch abgestattet hat, seit welchem meines Mannes verschlossene Schwermuth anhob.“ — „So?“ unterbrach sie Wallrade überrascht, „jener Jüngling? Doch gewiß war's abermals nur ein Truggebild Deines Gehirns.“ — „Nicht doch,“ fuhr Katharine fort, „die wunderfreundlichen Augen des jungen Mannes habe ich mir zu gut gemerkt, sah ich ihn auch damals nur gleich wie im Fluge. Ebenso freundlich blickte er nun mich an und schien nicht

acher Einschränkungen des Personals ist es möglich geworden, die persönlichen Ausgaben herabzumindern. . . Eine Verminderung des Dienstpersonals haben in erster Linie die am Schlusse des Vorjahres und zum Beginn des Berichtsjahres aus Anlaß des allgemeinen Verkehrsdrückes eingeführten Einschränkungen des Beförderungsdienstes auf einer Anzahl von Bahnhöfen und Stationen fast in allen Zweigen des Betriebsdienstes zur Folge gehabt. Der Einfluß dieser Personalvermindernngen auf die Höhe der persönlichen Ausgaben ist zum Theil erst im Berichtsjahre voll in die Erscheinung getreten, zumal mit Rücksicht auf das vorhandene Dienstpersonal Entlassungen möglichst vermieden worden sind, die Personalvermindernngen vielmehr im wesentlichen durch Einschränkungen bei der Ergänzung des Personals erzielt ist. Weitere zum Theil erhebliche Personalvermindernngen sind durch fortgesetzte Vereinfachungen im Bureau, Registratur- und Kanzleidienste, durch die Trennung des Bahnbewachungsdienstes vom Schrankenwärterdienst u. s. w. herbeigeführt worden. . . Die Gesamtvermindernngen des Personalbestandes wird nur zum geringeren Theile durch Personalverstärkungen . . . ausgegogen."

Thatsächlich sind zahlreiche Arbeiter und Bedienstete entlassen worden; der Vorwärts hat mehrfach die daraus hervorgegangenen unheimlichen Mißstände geschildert und gerügt. Aber Hand in Hand damit geht die in dem Bericht selbst gekennzeichnete Sparmaßnahme, die auf eine geringere Anzahl Angestellter ein Mehr von Arbeitsleistungen wälzt und die von der Entlassung verschont Gebliebenen die Arbeit der Fortgeschickten mitverrichten läßt, ohne sie dafür zu entschädigen. Wir erinnern nur an die Entlassung der Bremser in Berlin, Breslau u. s. w. Auf diese Weise werden Ersparnisse herausgeschlagen: die Bediensteten, so schon durch Ueberarbeit bei largem Entgelt mitgenommen, müssen — Hunger thut weh — die neue Last geduldig zu den anderen alten Lasten tragen.

Welche wunderbare Wirkung fahrt der arbeitssparende Kunstgriff herbei? Die Verminderung des Gesamtpersonals, sagt der amtliche Bericht, hat eine Verminderung der Ausgaben an diätarischen Besoldungen und Löhnen, sodann aber auch an Zuschüssen zu den Arbeiter-Krankenkassen und der Arbeiter-Pensionskasse, sowie ferner in Verbindung mit der Einschränkung des Beförderungsdienstes an Nebengebühren des Lokomotiv- und Zugbegleitungsdienstes zur Folge gehabt. Die diätarischen Besoldungen für zeitweilige Arbeitskräfte und die Löhne beliefen sich 1891/92 auf 92 992 715 M., 1892/93 auf 8 575 249 M., sind also um 7,8 pCt. zurückgegangen. Für Tagegelder, Nachtgelder u. s. w. sind 1891/92 26 839 309 M., 1892/93 24 594 339 M., also im Berichtsjahre 8,4 pCt. weniger, ausgegeben worden. Der Voranschlag für 1894/95 setzt sogar noch 1 869 400 M. weniger aus, als der Anschlag für 1893/94. Es wird eben munter „gespart“ auf Kosten der Kleinen. Es haben sich ja auch „durch möglichste Einschränkung der Dienststellen und der Vergehungen der Beamten die Ausgaben an Reise- und Umzugskosten“ verringert. Dadurch daß die Personenzüge mit durchgehenden Bremsen ausgerüstet worden sind, ist (weldi' ein Erfolg!) die Ausgabe und Neubeschaffung von Winterschuhkleidern an das Zugbegleitungspersonal (Schaffner und Bremser) in dem bisherigen Maße nicht mehr erforderlich gewesen. Die Ausgaben für Dienstkleider haben sich „demnach erheblich niedriger gestellt“, weil der Herr Eisenbahnminister an den Winter-Schuhkleidern so und so viele Tausende abknapsen konnte. Die Schaffner und Bremser sind ja freilich so glänzend gestellt, daß sie sich nur, nach Einführung der durchgehenden Bremsen, Biberpelze oder Robbenmäntel aus ihrer Tasche leisten können. Solch kleinliche Mittelchen fiskalischer Knickerei sprechen eine recht christlich-germanische Sprache. Müßen die Beamten doch jetzt die abgetragenen, alten Dienstmäntel, die sie früher daheim verpacken lassen konnten, wieder abliefern. Der arme Eisenbahnfiskus quält sich redlich für das herrliche Kriegsheer.

Daß die Eisenbahnverwaltung nicht selten ihren Arbeitern weniger zahlt, als das sonst in Privatbetrieben der Brauch ist, giebt sie im Bericht (S. 45) selber zu. „Lohnaufbesserungen“, schreibt sie, „die ebenfalls nicht unerheblich zur Steigerung der persönlichen Ausgaben beigetragen haben, sind im Berichtsjahre mehrfach Arbeitern in den Industriegebieten und auf verschiedenen Uebergangsstationen zur Gleichstellung der Löhne der diesseitigen Arbeiter mit denen

der Arbeiter der Privatbetriebe und benachbarten Bahnverwaltungen . . . bewilligt worden.“ Was uns alle in der Auffassung, daß es in den staatlichen Musterbetrieben um die Fürsorge für die Armen und Enterbten herrlich bestellt sei, nur bestärken kann.

Ebenso wie die fernere Nachricht, daß den langjährigen Hilfsbediensteten und ständigen Arbeitern, die „bei ihrer Brauchbarkeit besonders ersprießliche Dienste leisten“, der Lohn mit zunehmendem Dienstalter aufgebessert worden sei. So wird die Lohnerhöhung abhängig vom Belieben der Behörde, die aus freiem Ermessen über die der Gnade Würdigen verfügt und sicherlich auch die politische „Brauchbarkeit“ richtig bewerthet. Im Etat von 1894/95 wird hervorgehoben, daß die Ausgewählten sich „durch gute Schulung und Zuverlässigkeit bewährt haben“ müssen, und daß sie „mäßige Zulagen“ erhalten. Strebsame Leute, wie der bekannte Lackirer Zahn in Posen haben doch gewiß „ersprießliche Dienste geleistet“. Viele Klagen über ein arges Strebertum sind laut geworden. Ueber welche Macht der Eisenbahnfiskus gebietet, geht aus der Zahl der von ihm Beschäftigten hervor. Im Jahre 1892/93 betrug die Gesamtzahl der Beamten 107 042, darunter 90 902 etatsmäßig, 16 140 außeretatmäßig angestellte.

Die Zahl der Arbeiter der Betriebsverwaltung, soweit sie aus Titel 6 (Besoldungen außeretatmäßiger Beamten, Stellenzulagen, Löhne) gelohnt werden, fiel von 95 357 im Jahre 1891/92 auf 87 080 oder um 8 pCt., die der Streckenarbeiter von 54 489 auf 49 211 oder um 9,7 pCt. In der Werkstätten-Verwaltung wurden 1891/92: 41 939 Handwerker, Lehrlinge und Arbeiter, 1892/93: 39 019 beschäftigt, also 7,0 pCt. weniger, in der Gasanstalts-Verwaltung 1891/92: 282, 1892/93: 268.

Die Verstaatlichung der preussischen Bahnen hat von der Regierung viele Zehntausende abhängig gemacht, auf die gegebenen Falles bei Wahlen u. s. w. ein Druck geübt werden kann. Die Erfahrung hat gelehrt, wie das gemacht wird. Nach der Etatsveranschlagung von 1894/95 (Anlagen zum Staatshaushalts-Etat für das Jahr vom 1. April 1894/95, I. Band, Nr. 10, Beilage A², Eisenbahn-Verwaltung, S. 41) ist ein Bedarf von 190 103 Beamten und Arbeitern gegen 189 161 im Jahre 1892/93 erforderlich.

Die Einnahmen für 1894/95 werden auf 249 Millionen Mark beziffert. Aber die Ueberschüsse werden zu unproduktiven Ausgaben verwendet, und die soziale Politik hat das Nachsehen.

Wer züchtet also die Unzufriedenheit bei den Staatsproletariern?

Unsere dänische Bruderpartei und das Jahresfest der Konstitution.

Ein erster im Jahre 1871 unternommener Organisationsversuch der Arbeiter auf internationaler Grundlage scheiterte. Derselbe fiel einem Polizeisturz zum Opfer nach kaum einjähriger Existenz. Doch das erwachte Klassenbewußtsein ließ sich nicht mehr zurückdrängen, der Trieb nach Organisation nicht mehr eindämmen.

Sozialistische Vereine und dergleichen gewerkschaftliche Vereine — Fachvereine, schossen wie Pilze aus der Erde. Letztere vereinigten sich unter einer Centralleitung. Auf dem ersten, im Jahre 1876 in Kopenhagen abgehaltenen, Kongreß waren bereits 75 Delegirte anwesend, die 6600 in 55 Fachvereinen organisierte Mitglieder vertraten.

Deute zählt der von einem Vorstand geleitete sozialdemokratische Verband 17 000 Mitglieder in 150 Sektionen; dazu kommen 85 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die sich auf 400 Fachvereine oder Zahlstellen zentralistisch organisirter Verbände verteilen. Mehrere dieser letzteren Verbände haben internationale Vereinbarungen getroffen.

Unter den gewerkschaftlichen Organisationen stehen die Maurer und der Tischler obenan. Die Leiter der beiden, Kasmaffen und Olfen sind energische Naturen und klare Köpfe. Der geistige Kristallisationspunkt unserer dänischen Bruderpartei findet sich naturgemäß in der Geschäftsleitung des sozialdemokratischen Verbandes und der Redaktion des „Sozialdemokraten“ vor. Letzter des ersteren ist der unermüdet thätige P. Knudsen, seines Zeichens Handbuchmacher. Der Redaktionsstab des letzteren ist ein zahlreicher. Derselbe findet neben seiner journalistischen Thätigkeit eine vielfache Verwendung in der mündlichen Agitation.

Der „Sozialdemokrat“ dient außer als geistiger Stütz- und Anregungspunkt, auch vornehmlich als Finanzquelle der Partei. Das Blatt hat eine Auflage von 25 000 Exemplaren und erscheint täglich. Außerdem werden noch vier täglich erscheinende Blätter

„Was ich gelobte, habe ich nie versäumt“, erwiderte Wallrade: „ich habe für Dich gehandelt; ich habe Aufschluß erhalten auf mein beharrliches Forschen, ich muß Dir nun, so wehe es mir thut, mittheilen, was ich aus der reinsten Quelle geschöpft, denn Deine überspannte Sehnsucht, Deine aufs höchste gereizte Leidenschaft für einen Trennlosen, der Dich verließ, muß geheilt werden, sei es auch durch das läuternde Feuer des Grams.“

„Gott! was werde ich hören!“ seufzte Katharine in banger Erwartung, die Augen starr auf das unheilverkündende Antlitz Wallradsens gefest, welche hart und ohne Nührung fortfuhr, Streich auf Streich gegen das kindlich wehrlose Herz der Unglücklichen zu führen. — „Nimmer wirst Du fern der Schändlichen schauen!“ sprach sie: „nach Frankreich ist er gezogen, um unter französischen oder englischen Fahnen sein Blut zu verspritzen. Nicht des Kaisers Horn scheuchte ihn aus den Gemäthen seines Vaterlandes, sondern die Furcht vor der Rache Gottes und seiner Kirche er liegt im Vann.“

„Herr des Himmels!“ schrie Katharine auf: „Im Vann? Was hat der Unglückselige gefrevel? Was hat ihn in die ewige Verdammniß gebracht? O rede, rede, Wallrade?“

„Du forderst mich auf, den größten Jammer Dir nicht länger zu verhehlen“, verriethe das Fräulein: „der Herr von der Rhön hat mit Gottes heiligstem Gebote seinen verfluchten Spott getrieben. Das Sakrament der Ehe, das der Herr selbst eingeseht, hat er mißbraucht, um seinen Lippen zu frohnen. Ehe er Dich zum Weibe nahm in böser Arglist, hatte ihn der Priester schon mit einer andern eingeseget vor Gott.“

„Halt ein!“ rief Katharine, entsetzt aufstehend: allein die Unerbittliche vollendete demungeachtet: „Die, die er verließ, um Dich zu betrügen, schmachtet dahin in Elend und Kummer sammt ihren Kindern. Und dennoch ist sie weniger zu beklagen, als Du; denn Deine Ehe mit dem Verräther ist Sünde und Schmach: Dein Kind ist unehelich gezengt in Schuld und Frevel.“

(Fortsetzung folgt.)

in der Provinz Jütland herausgegeben, die eine Gesamttaufgabe von über 6000 haben. Die Seele der jütländischen Propaganda ist Jenseen in Aarhus, der von Kopenhagen aus kräftige Unterstützung findet.

Eine weitere sehr ergiebige Finanzquelle für die Partei verspricht die auf Aktien errichtete Bäckerei zu werden. Die seit Jahresfrist mit eigenem Mühlenbetrieb arbeitet. Die Mühle ist mit allen Einrichtungen der modernen Technik ausgestattet und für die Bäckerei ausschließlich beschäftigt. Die Bäckerei wird mit vier Oefen betrieben, die täglich 2000 Brote besser Qualität liefern. Das Brot ist seiner Güte und Billigkeit wegen äußerst beliebt und wird deshalb von Jedermann gern begehrt. Sieben doppelpännige Wagen vermitteln die Versorgung der Kundschaft. Durch die Konkurrenz der Genossenschaftsbäckerei ist es gelungen, den Preis des 8 Pfund schweren Brotes um 12 Pfennige herabzudrücken, wodurch die ehrsame Bäckergunst außerordentlich in Harnisch gerathen ist, aber doch in den sauren Apfel hat beißen müssen. Leiter der Bäckerei und der Mühle ist Andersen, Mitglied des dänischen Landthing (Senat), ein früherer Tischler. Die Antheilscheine des Unternehmens befinden sich zumeist im Besitz der Arbeiterorganisationen. Dem Einfluß der Privaten ist damit vorgebeugt, daß die Arbeiterorganisationen das Stimmrecht nach der Zahl der Antheilscheine ausüben, der Privaten dagegen nur eine Stimme hat, unbeschadet der Anzahl der in seinem Besitz befindlichen Antheilscheine. Somit haben es die Arbeiterorganisationen in der Hand, die Ueberschüsse des Unternehmens der politischen und gewerkschaftlichen Propaganda zur Verfügung zu stellen. Bisher wurde ein halbjähriger Ueberschuß von 8—10 000 M. erzielt.

Der geringste Lohn, den das Unternehmen zahlt, ist 22 M. per Woche bei freier Lieferung von Brot im Betrag von 2,24 M. Doch erhalten diesen geringsten Lohnsatz nur zwei von den 40 im Unternehmen beschäftigten Arbeitern. Die Bäckerei ist im Jahre 1887 errichtet und hat einen Jahresumsatz von über 1/2 Million Kronen, die Krone = 1,12 Mark. Das Unternehmen, gut fundirt und umsichtig geleitet, hat unstreitig noch eine große Zukunft, und unsere dänischen Brüder haben sich damit eine nie versiegende Finanzquelle geschaffen.

Trotz des eingeschränkten Wahlrechts hat die dänische Bruderpartei sowohl im Kopenhagener Stadthaus, im Folkething — dem Landtag und sogar im Landthing — dem Herrenhaus Eingang gefunden. Dem letzteren gehören die Genossen Knudsen und Andersen an. Außer den Genossen Jördum und Holm, die in Kopenhagen gewählt sind, gehört Jenseen dem Landtag an, gewählt von einem rein ländlichen Wahlkreis.

Da die Behörden eine öffentliche Straßendemonstration am 1. Mai nicht gestatten, so haben unsere dänischen Brüder schon seit mehreren Jahren Anlaß genommen, am Tage der Konstitutionsverleihung, — den 5. Juni, der sich als nationaler Festtag eingelebt hat, die Arbeiterbataillone aufmarschiren zu lassen.

Das Arrangement hat sich als ein ausgezeichnetes Agitationsmittel bewährt. Die indifferente Masse ist den alten Parteien entzogen worden. Liberale und Konservative sind in Kopenhagen nicht mehr im Stande, öffentlich demonstrieren zu können. Sie würden dem Fluche der Lächerlichkeit verfallen. Sie müßen sich heute bescheiden, unter dem Ausschluß der Oeffentlichkeit in abgeschlossenen Gärten, so ganz unter sich, in der Erinnerung des verbliebenen Glanzes ihrer ehemaligen exklusiven Beherrschung der öffentlichen Meinung zu leben. Das öffentliche Leben und die öffentliche Meinung wird von der Sozialdemokratie beherrscht. Die Massen strömen den Arrangements zu, die von ihren Brüdern getroffen werden. Wenn auch offiziell, das heißt in diesem Fall, landläufig, der 5. Juni der Errichtung des Vertrags zwischen Volk und Fürst gilt, so schert sich von den Arbeitermassen niemand um diese für sie nebensächliche Bedeutung dieser Angelegenheit; das arbeitende Volk demonstirt am 5. Juni durch den Massentritt für die Freiheit, die sie nur unter dem rothen Banner des Sozialismus erkämpfen wollen. In diesem Sinne war das Programm der Arbeiterdemonstration gehalten, dieser Geist durchdrang die Reihen, welche die Genossen Holm, Jördum, Knudsen, Andersen, Klausen und Meyer, von drei auf dem Festplatz errichteten Tribünen an die versammelte Menge hielten, die auf 60—80 000 Personen geschätzt wurde.

Auf Einladung der dänischen Brüder war der Genosse Pfannluch Augenzeuge der Demonstration. Er nahm auf dem Festplatz Gelegenheit, neben der Ueberbringung der Grüße der deutschen Genossen und der Versicherung der festen Bereitwilligkeit sozialistischen internationalen Handelns auf die Frontveränderung der Kämpfer für die Freiheit hinzuweisen, seitdem die stetig mächtiger anschwellende lassendbewusste Arbeiterbewegung auf dem Plane erschienen ist. Das von ihm ausgebrachte Hoch auf die rothe Fahne, im Gegensatz zu dem Dannebrog, rothe Fahne mit weißem Kreuz, pflanzte sich lawinenartig in der ungeheuren Menschenmenge fort.

In dem Demonstrationzuge theilhaftigten sich 160 Organisationen, die planmäßig vorher auf dem Nørre Boulevard Aufstellung nahmen, und von zahlreichen Musikchören begleitet, zunächst die Römersgade passirten, wo das Vereinsthaus der Kopenhagener Genossen liegt. Eine prächtige Illumination verlichte der Straße ein imposantes Aeußere. Nicht enden wollende Hochs auf die dänische, die deutsche und internationale Sozialdemokratie wurden hier von den Vorüberziehenden ausgebracht, deren Zahl auf 25—30 000 Teilnehmer angegeben wird. Der Zug brauchte fast 1 1/2 Stunden zum Vorbeimarsch.

Alles in Allem kann die dänische Bruderpartei mit dem Erfolg der Demonstration am 5. Juni zufrieden sein. Das Proletariat hat sich auch in Dänemark von seinen früheren Leithämmeln emanzipirt, es marschirt Klassenbewußt, — seiner eigenen Kraft vertrauend, — vorwärts! — ein würdiges Glied in der großen Reihe internationaler Verbrüderung.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 11. Juni.

Die sittliche Enttäuschung der herrschenden Klassen äußert sich besonders stark, wenn sich gegen sie lehrt, was sie selbst ohne jede Gewissensregung zu üben gewohnt sind. Was Du nicht willst, das man Dir thut, das sich alle an dem zu, ist die Quintessenz ihrer Moral, die sich empört fühlt, wenn ihnen nur annähernd mit gleichem Maße vergolten wird. Wie strömen jetzt alle Blätter von langathmigen Abhandlungen über, um das Verwerfliche und Unmoralische der Berrusserklärungen und des Boylotts zu brandmarken. Wo war diese Moral, als alle sozialdemokratische Gesinnung verdächtigen Arbeiter in Acht und Bann gethan wurden, als die Unternehmer-Verbände jeden in Berruss erklärten, der sich etwa vermaßte, einen dieser Arbeiter zu beschäftigen? Wie lange ist es her, daß hochachtbaren Männern in Bourgeois-Lokalen die Thüre gewiesen wurde, nur weil sie als Sozialdemokraten bekannt waren? Und bestehen nicht noch heute die Klase der Krupp und Stumm, sowie der meisten Grubenbesitzer, die jeden Arbeiter in Bann thun, wenn er sich unterfängt, auch nur ein von ihnen verpöntes Blatt zu lesen oder einem Arbeiterverein anzugehören? Alles dieses hat das moralische Gefühl der Bourgeoispreffe nicht so berührt, als der Boylott gegen ein paar Brauereien. Selbst der ärgsten denkbaren Niedertracht gegenüber blieben sie unberührt oder doch lau. Kann man sich etwas Niederträchtigeres denken, als einem Arbeiter ein Zeugniß zu geben, in welchem ihm die beste Führung und größte

Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit bezeugt wird, und in dem zugleich durch ein geheimes Reichen jeder Unternehmer aufgefördert wird, denselben Arbeiter wie einen Verpfeffeten von der Schwelle zu weisen? Aber abgesehen von dem Verhältnis zu den Arbeitern, ist nicht bei den herrschenden Klassen gerade die Berufserklärung gang und gäbe? Wird sie nicht heute noch im ausgeheultesten Maße gelübt gegenüber allen Personen, welche sich gegenwärtigen Bräuchen der herrschenden Klassen widersetzen? Jede Gesetzesverletzung, ja selbst jede ehrlose Handlung findet in der „Gesellschaft“ noch immer eher eine Vergebung, als die Weigerung, sich ihren gegenwärtigen Vorschriften zu unterwerfen. Durch diese erst macht sich der Mann „unmöglich“, wie der übliche Ausdruck lautet. So kann jemand Gerichtsdirektor, Rechtsanwalt, Referendar sein; aber da er die Duellforderung eines rüden Burtschen abgelehnt hat, ist er gesellschaftlich „unmöglich“, und es wird ihm schwer fallen, unter solchen Umständen sich auch nur in seiner amtlichen Stellung zu behaupten, oder gar auf Beförderung zu rechnen. Die bürgerliche Presse weiß das ganz gut und nicht am wenigsten ist es der ehrsamste Lante Boff, die ihren ganzen Moralvorath gegen Boykotts und Berufserklärungen gelegentlich des Brauereiboykotts erschöpft, unbekannt. Darüber, daß die Arbeiter einmal den Spieß gegen die Bourgeoisie umkehren, vergißt sogar Herr Eugen Richter seine Entriistung über die Boykotts, welche seitens der Militärbehörden, natürlich im Interesse des Dienstes und der Disziplin, auch gegen „freisinnige“ Blätter und Lokale verhängt sind. Das Band, das ihn mit der Bourgeoisie verknüpft, ist denn doch etwas fester, als die Gummistrippe seiner freisinnigen Programm-Doktrinen. — Die Sozialdemokratie hat den Boykott nicht hervorgerufen, diese Waffe ist ihr aufgedrängt worden; wie wirksam sie aber in ihrer Hand geworden ist, sieht man aus dem einmüthigen Wuthgeheul der Presse, der konservativen wie der liberalen, der „anständigen“ und vornehmen, sowie der von dieser höchstens mit Nasenrumpfen genannten „Pössi“ und „Staatsbürger“, „Freisinnige“ und „Königliche Zeitung“, „Hammerstein und Woffe“ — eine brüderlichere Einheit hat es noch nicht gegeben! —

Die Wahl des Geheimen Kommerzienraths Gustav Siegle als Abgeordneter des 1. württembergischen Reichstags-Wahlkreises ist bekanntlich von sozialdemokratischer Seite angefochten worden und der Reichstag hat auf Antrag der Wahlsprüchungskommission beschlossen, über die in dem Protest behaupteten Thatsachen Erhebungen anstellen zu lassen. Wie die „Schwäbische Tagwacht“ in Erfahrung gebracht hat, soll die Sache nun in Fluß kommen und es haben bereits eine Anzahl Vernehmungen stattgefunden, so daß Aussicht besteht, daß beim Wiederausammentritt des Reichstags die Entscheidung getroffen werden kann. Der „Schwäbische Merkur“ hat zwar schon vor einiger Zeit auf eigene Rechnung den Nachweis zu führen versucht, daß bei der Wahl von Seiten der Anhänger des Herrn Siegle nur mit reellen und gesetzlichen Mitteln vorgegangen worden sei; bedenktlich, sehr bedenklich war indes der Umstand, daß das würdige Blatt nicht den Versuch gemacht hat, die Hauptpunkte des Protestes zu widerlegen, sondern vielmehr mit Stillschweigen übergangen hat. Hoffentlich wird es bei der Untersuchung gelingen, die für die Kartellbrüder so unangenehme Wahrheit an den Tag zu bringen. —

Die eine reaktionäre Waffe. Aus dem Wahlkreise Elmshorn-Pinneberg theilt die „Freisinnige Zeitung“ folgendes mit:

In Stellingen-Langenfelde im Wahlkreise Elmshorn-Pinneberg ist von den nichtsozialistischen Parteien eine eigenartige Vereinbarung getroffen worden. Jede der drei nichtsozialdemokratischen Parteien agitiert für den eigenen Kandidaten; aber man wirkt gemeinsam, um am Wahltag die säumigen Wähler, von denen man weiß, daß sie keine Sozialdemokraten sind, zur Wahlurne abzuholen. In diesem Zweck tritt dort am Wahltag von 2 Uhr ab eine gemeinsame Agitation der bürgerlichen Parteien ein.

Richter und Liebermann von Sonnenberg an einem Strange ziehend, ist ein herliches Bild. Es ist ein Beweis der Schwäche unserer Gegner, eine Gewähr für den baldigen Sieg der Sozialdemokratie. —

Die verhafteten Dresdener Genossen Eichhorn, Findeisen und Dr. Gradnauer befinden sich noch immer im Gefängnis. Ueber die Ursache der mysteriösen Verhaftung ist nichts bekannt. —

Deutsch-amerikanische Zoll-differenzen. Die „Times“ melden aus Washington, Deutschland habe gegen das Votum des nordamerikanischen Senats protestirt, wonach auf ein Pfund Zucker, der aus Ländern eingeführt ist, welche an Zuckersubventionen Prämien gewähren, ein Differentialzoll von 1/10 Cent. gelegt wird. Die deutsche Regierung soll mit eventuellen Repressalien gegen amerikanische Produkte gedroht haben. —

Die ungarische Ministerkrise hat mit einem Erfolge des Parlamentarismus geendet. Der Justizminister Szilagi, der geistige Urheber der Kirchenvorlage, gegen dessen Wiedereinsetzung sich der Monarch so entschieden gewiegt hat, tritt wieder in das Kabinett ein. Geopfert wurde der dem Kaiser nicht genehme Kultusminister Czallu, auf dessen Verbleiben aber von der liberalen Partei wenig Werth gelegt wurde. Neu eingetreten sind zwei Söhne der früheren Minister Andrássy und Edöds, deren politische Verdienste lediglich darin bestehen, daß sie die Söhne ihrer Väter sind. Die deutsche liberale Presse jubelt über den Verlauf der ungarischen Ministerkrise, den sie als einen großen Sieg des Liberalismus darzustellen bemüht ist. Sie weiß nicht, wie sie sich selbst damit schilt und schmäh. War es ihrer Partei doch selbst zu Zeiten, wo hinter ihr eine erdrückende parlamentarische Mehrheit stand, nicht möglich, Einfluß auf die Regierungsgeschäfte zu erlangen. —

Ein Altersversorgungsgesetz für Bergarbeiter ist in Frankreich vom Parlamente angenommen worden. —

Die italienische Ministerkrise ist noch immer nicht gelöst. Der Versuch, ein Koalitionsministerium zu bilden, scheint mißglückt zu sein. Die Auflösung der Kammer dürfte nach Crispi's Wunsch vom König bald ausgesprochen werden. —

Italien von „Kretins“ regiert. In der Kammer-sitzung vom 7. Juni interpellirte der Abgeordnete Imbriani den Kriegsminister Mocenni über eine neue schmachvolle That, die unter den Augen Morra's in Sizilien geschah. Es handelte sich um die Nieder-

ziehung eines Bauern durch Karabinier. Diese Schosse wie zum Spaß, aus purem Muthwillen, weil der Arme, als er die Karabinieri sah, fliehen wollte. Zur Entschuldigung der That führten sie an, sie meinten, er wäre ein Räuber gewesen. Imbriani erklärte die Handlung Morra's, der sich weigerte, die Karabinieri zu bestrafen, ja sie geradezu ihres Pflichten wegen belobte, als die Handlung eines Mäunders und Mörders. Während fuhr der Kriegsminister auf: er lasse seine Beamten nicht beleidigen. Da rief Imbriani: Ihr seid nicht im Stande, den Henker Siziliens zu vertheidigen! Ich erkläre hier vor dem ganzen Lande: „er ist ein Kretin! ein Kretin! ein Kretin!“

Ein ungeheurer Tumult brach bei dieser Erklärung im Parlamente aus. Die gesammte Linke, auch gemäßigtere Liberale klatschten wie rasend Beifall; die Rechte brüllte dagegen.

Von neuem erscholl der Beifall und die Zustimmung der Linken, und die Sitzung mußte auf kurze Zeit unterbrochen werden.

Belgien. Welcher Art die soeben endgiltig angenommene Wahlreform ist, erhellt aus folgenden Zahlen. Wähler für die Kammer sind nach dem neuen Gesetz 1 866 629 — mit zusammen 2 067 665 Stimmen, — also über 700 000 mehr Stimmen als Wähler. Die Zahl der Wähler mit einer Stimme beträgt 857 059. Die Zahl der Wähler mit 2 und 3 Stimmen beträgt bloß etwa 500 000, sie haben aber über 1 200 000 Stimmen, etwa 400 000 mehr als die Wähler mit je einer Stimme, obgleich dieser fast doppelt so viele sind. Und die Wähler mit 1 Stimme, die große Mehrheit der Wähler, sind das arbeiten de Volk, das von der Minderheit der reichen, mit je 2 und 3 Stimmen versehenen Wähler erdrückend majorisirt wird. Das Schwindelhafte einer solchen „Reform“ sieht in die Augen. Trotzdem ist es ein Fortschritt, daß die Masse des Volkes überhaupt das Stimmrecht hat; — dem spizen Ende des Keils wird bald auch das dicke Ende nachfolgen.

Für den Senat — die erste Kammer — beträgt die Zahl der Wähler bloß 1 149 732, von denen 662 776 bloß 1 Stimme haben. Die übrigen Wähler mit je 2 und 3 Stimmen — nicht ganz eine halbe Million — haben 1 180 000 Stimmen. Die Gesamtzahl der Stimmen ist 1 842 844 Stimmen. —

Ueber den Lütticher Famulus des „Bomben-Barons“ schreibt man uns: Deutsche Genossen in Belgien befragen uns, ob denn die „Wolfsche Freiheit“ „parlamentarisch“ geworden oder in Deutschland oder sonstwo ein sozialdemokratisches Parteiblatt existirt, das sich „Freiheit“ nennt. —

Die Nr. 129 vom 9. Mai des Lütticher „Ezpress“ und Nr. 133 vom 13. Mai a. o. werden uns zugleich eingesandt. In beiden Nummern erklärt der frühere Vertheidiger Ernest Wühr des Gastwirthes M. Pierre Schleich in Lüttich (Mitangeklagter im Prozeß Moineau 1892 und freigesprochen, angeblich aber wieder verhaftet auf Grund der jüngsten Aktenante in Lüttich) folgendes zu dessen Entlassung:

„Was die seiner Zeit bei Schleich beschlagnahmte „Freiheit“ anbelangt, — so ist dieselbe das Organ der gesammten sozialistischen Partei Deutschlands und vertritt die Sache von 60 Deputirten im Reichstag.“

Ob Herr Advokat Lühr aus eigenem Wissen oder auf Wunsch Herrn M. Pierre Schleich's, die bei demselben fafirierte „Freiheit“ zum Organ der gesammten sozialistischen Partei Deutschlands“ und zur Mitombattantin von 60 Reichstags-Deputirten“ ernannt hat, — wissen wir nicht. Aber gespannt sind wir doch, ob vielleicht Herr Advokat Lühr die Güte hat, Verlag und Druckort jener sehr interessanten „Freiheit“ und die Namen der 60 Deputirten auch bekannt zu geben. Ueber die Rolle, die Herr Schleich 1892 im Prozeß Moineau gespielt hat, gehen die Meinungen sehr auseinander. Entlastungsversuche wie der erwähnte aber, widerlegen erst recht nicht die Thatsache, daß der sich jetzt „Kommunist“ Nennende ein eminent vielseltiger „Sozialpolitiker“ sein und mit dem Bombenbaron von Ungern-Sternberg“ geschäftlich verkehrt haben soll, wie der Famulus mit seinem Professor. Der „Ezpress“ in Lüttich, Nr. 157 vom 6. Juni, bringt übrigens abermals eine Mittheilung, die durchaus bestätigt, daß Justiz und Polizei alles Mögliche thun, was darauf hinweist, daß außer dem internationalen Lockspiegel und seinen Werkzeugen, an deren Nicht-Erwischung und Nicht-Neberführwerden auch noch stärkere Faktoren mitinteressirt sind. Es ist eben — „haben und dräben dasselbe Geschäft“ — dessen Agenten und Praktiken — vor der Welt in die Luft geblasen zu werden bedroht sind, wenn ernstlich zugegriffen wird. — Der „Ezpress“ schreibt:

„v. Sternberg und die Justiz.“
„Wir sind in der Lage versichern zu können, daß die Gendarmerie gestern, den 4. Juni, zum erstenmal den Verhaftsbefehl v. Sternberg's erhalten hat. Begleitet war dieser Verhaftsbefehl vom Porträt und Signalement des Barons und dieses Stück ist datirt vom 20. Mai. (1) — Mit dem besten Willen von der Welt kann man sich nicht des Gedankens erwehren, daß je mehr die Sache vorschreitet, desto verdächtigeres Aussehen sie annimmt.“ —

Holland steht wieder vor einem Kolonial-Kriege. In der ersten Kammer erklärte nämlich gestern der Kolonial-Minister, daß gegen die kleine Sundab-Insel Lombok eine militärische Expedition geschickt werde, wenn der dortige Mahajah die Souveränität der Niederlande trotz des Vertrages vom Jahre 1848 nicht anerkennen sollte. —

Kreta ist ein politischer Vulkan, der nie ganz zur Ruhe kommt und den türkischen Staatsmännern stets viel Kopfweh bereitet hat.

Die neuesten über London kommenden Nachrichten von dieser Insel lauten:

Nach einer Meldung des Heuter'schen Bureau's aus Syra nebmen die agrarischen Unruhen in Kreta zu. In Moschos hat der Unterpräfekt die Abhaltung einer gegen die Grundsteuer gerichteten Versammlung verboten und die Verhaftung des Dorfsparvers angeordnet. Daraus rottete sich die Volksmenge zusammen, umgab die Gendarmeriebureaus, in welche

*) Es ist unmöglich, den Ausdruck „Kretin“ in all seiner Schärfe deutsch wiederzugeben, zumal hier, wo er offenbar nicht auf Morra allein, den Handknecht, sondern auf dessen Herrn, Crispi, gemünzt war. Der Ausdruck „Blödsinniger“ genügt garnicht; man müßte sagen: ein böshafter Blödsinniger. Es erinnert dieses Beispiel lebendig an ein Wort Goethe's: ein Fremdwort ist oft schärfer und schneidender, als das entsprechende deutsche; z. B. das Wort „insam“ sagt viel mehr, als wir durch „böhsartig“ ausdrücken können. Auch hier wäre „insam“ das bezeichnendste Beiwort.

sich der Unterpräfekt gestürzt hatte und drohte das Gebäude in Brand zu stecken. Trotz des Versammlungsverbots des Gouverneurs halten die Einwohner Protestversammlungen gegen die Grundsteuer ab. —

Das Sozialkomitee hat dem norwegischen Storting einen Antrag unterbreitet: den wegen ihrer politischen Ueberzeugung verabschiedeten Arbeitern von Vibley eine Entschädigung von 10 000 Kronen zu zahlen und zugleich eine Resolution anzunehmen, in welcher der Storting folgendes ausspricht: „Der Storting sieht es in Rücksicht auf die Verfassung als ein unbeschränktes Recht jedes Staatsbürgers an, daß er seine bürgerlichen Pflichten nach eigener freier Ueberzeugung erfüllt, und spricht daher seine Mißbilligung darüber aus, daß Leute in abhängigen Stellungen von ihren Vorgesetzten einer ungeschlichen Beeinflussung ausgeht oder sogar ihrer Stellung aus politischen Gründen beraubt werden.“ Ob der „radikale“ norwegische Storting den Muth haben wird, eine solche gewagte Meinung zu der seinigen zu machen? —

Der Kaiser von Marokko soll ermordet worden sein. —

Parteinachrichten.

An die Parteigenossen! Die Parteigenossen des Wahlkreises Dortmund haben beschlossen, dem unvergesslichen bis zu seinem Tode treu für die Sache des Volkes in den ersten Reihen kämpfenden Genossen

C. W. Lölke an seiner letzten Ruhestätte ein demselben würdiges Denkmal zu setzen, den Parteigenossen zur Erinnerung, unsere Nachkommen zur Nachahmung anspornend.

Die Verdienste des im Alter von 76 Jahren von uns geschiedenen Vorkämpfers für die Sache des Proletariats, seine Verdienste um die Einigung der beiden Gruppen Lassalleaner und Eisenacher im Jahre 1875 sind den älteren Genossen noch im Gedächtniß, den jüngeren mögen sie kurz vor Augen geführt werden.

Als nach Lassalle's Tode die ersten Präsidenten den allgemeinen deutschen Arbeiterverein durch ihre Taktik fast zu Grunde gerichtet, übernahm Lölke unter den schwierigsten Verhältnissen als Präsident die Führung und brachte denselben wieder auf die Höhe, so daß er schon 1869 es wagen konnte, die damals in Berlin so mächtige Fortschrittspartei in der berühmten Kongresshausversammlung auf das Haupt zu schlagen, Berlin für die Sozialdemokratie zu erobern und hierdurch den Anspruch Lassalle's zur Wahrheit zu machen: „Mit der Eroberung Berlins wird die Bewegung unüberwindlich!“

Als die Regierung es versuchte, dem Arbeiterverein für ihre Zwecke sich dienstbar zu machen, den Präsidenten Schweiger und andere bereits gewonnen hatte, war es Lölke, der Wache hielt und die Pläne durchkreuzte.

Als dann Lessendorf die Sozialdemokratie mit allen Mitteln vernichten wollte, da war es Lölke, der den Eisenachern die Hand zum Frieden bot, so daß im Jahre 1875 die Vereinigung der beiden Parteien auf dem Kongress in Gotha vollzogen wurde.

Als Redakteur der „Westf. Freien Presse“ wurde Lölke 1878 mit einem Jahr Gefängnis bestraft und obgleich er krank, wegen Fluchtverdacht verhaftet. Nach 4 Wochen mußte man ihn entlassen, und halbtodt kehrte er zu seiner Familie zurück. Seit dieser Zeit war die kräftige Körperkonstitution Lölke's gebrochen; jedoch sein Geist war und blieb bis zum letzten Augenblicke in reger Thätigkeit und Klarheit und war er den Dortmunder Parteigenossen bis zum letzten Athemzuge ein treuer und sicherer Rathgeber.

Als Lölke bei der letzten Reichstagswahl ein Mandat angetragen wurde, nahm er dasselbe trotz seines schlechten Gesundheitszustandes mit den Worten an: „Wenn die Partei es für zweckmäßig hält, daß ich kandidire, so nehme ich an; und sollte ich im Eisenbahnwagen sterben, so sterbe ich im Dienste der Partei!“

So starb er, ein Proletarier, wie in seinem ganzen Leben ein echter, rechter

Sohn des Volkes!
An die Parteigenossen richten wir die Bitte, uns im Bestreben, dem Verstorbenen ein Denkmal zu setzen, durch Geldbeiträge zu unterstützen.

Dortmund, den 8. April 1894.
Das Komitee:
O. Bayrich, C. Ewald, C. Rehe, W. Siebel, C. Süßmann.
Geldsendungen sind an W. Siebel, Westerblichstraße 42, Dortmund, zu senden.
Essen zu haben bei Karl Ewald, Hövelstr. 11.
Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei in Württemberg erläßt einen Aufruf an die Parteigenossen, in dem anlässlich der Ende des Jahres stattfindenden Landtagswahlen zur Erwerbung des württembergischen Staatsbürgerrechtes aufgefordert wird. Die Genossen des Wahlbezirkes Calw haben schon ein Landtagswahl-Komitee konstituiert und für den 17. d. M. eine Wahlkreis-Konferenz einberufen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen groben Unfug und Beleidigung hatten sich die Genossen Karl Grünberg, Herrn. Baier, beide aus Hartha, und Emil Landgraf aus Burgstädt vom Schöffengericht in Waldheim zu verantworten.

Nach dem Eröffnungsbeschluss sind die Angeklagten hinreichend verdächtig, im Februar 1894 im gegenseitigen Einverständnis, Grünberg durch die Abfassung und den Verlag, Landgraf durch den Druck und Baier Verbreitung eines Flugblattes, a) durch Anspielung auf frühere, in Hartha allgemein bekannte Vorkommnisse die Arbeiter Hartha's aufgefordert zu haben, bei solchen Geschäftsleuten, die sich neuerdings ausdrücklich zu konservativen Anschauungen bekamen und deren Namen gekanntlich genannt werden, noch weniger als bisher zu kaufen, hierdurch aber das geschäftliche Leben Hartha's beeinträchtigt, also groben Unfug verübt zu haben, b) die beiden Ortsgeistlichen von Hartha, den Pfarrer Rthe und den Diakonus Rosenthal, auf die sich der zweite der oben angegebenen Abschnitte bezieht, namentlich durch die auf sie gemünzte Bezeichnung „Wolf in Schafspelz“ der Heuchelei und Doppelzüngigkeit geziehen, demnach beleidigt zu haben. Die Verhandlung endete mit der Verurtheilung der Genossen. Grünberg wegen groben Unfug und Beleidigung zu 14 Tagen Gefängnis, Baier wegen desselben Vergehens zu 30 M. Geldstrafe, Landgraf wegen Beihilfe zur Beleidigung zu 20 M. Geldstrafe.

— Prozesse in Heilbronn. Vor dem Heilbronner Schöffengerichte wurden am 6. Juni die Genossen Köhler und Hänel zu je 2 M. Geldstrafe verurtheilt wegen „Preßvergehen“, welches darin besteht, daß sie das sogenannte „Wichtig-exemplar“ der Abzüge dieses Artikels über den Reußer'schen Bierboikottprozeß, welcher seinerzeit in der „Schwäbischen Tagwacht“ erschien, nicht auf das Oberamt sandten. — Am 7. Juni kam die Strafsache gegen den Müller Ludwig Friedrich Golder von Thalheim wegen Beleidigung des Kaisers zur Verhandlung. Das Urtheil lautete auf Freisprechung und Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse. Die Anklage war aus einer Denunziation eines Zeugen erfolgt, welcher sich auch während der Verhandlung vorlaut und frech benahm. Den Ausfagen dieses Belastungszeugen konnte somit auch der Gerichtshof seinen Glauben schenken.

Für den Inhalt der Zeitung übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 12. Juni.
Opernhaus. Die Meistersinger von Nürnberg.
Schauspielhaus. Der Jugendwächter. Die Diensthöten.
Deutsches Theater. Der Herr Senator.
Berliner Theater. Graf Waldemar.
Lesing-Theater. Madame Sans-Gêne.
Heidens-Theater. Jugend.
Fellealliance-Theater. Fidelio.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajaziti.
Alexanderplatz-Theater. Der neueste Skandal.
National-Theater. Italien in Berlin.
Theater Unter den Linden. Der Obersteiger.
Apollo-Theater. Die verkehrte Welt.
Saumann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Novität! Novität!
Italien in Berlin.
 Große Ausstattungs-Posse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Carl Peters. Musik von A. Wiedicke.
 Dekorationen aus dem Atelier von Müller und Schäfer. Maschinieren vom Theatermeister Otto Weise.
 Elektrische Beleuchtungseffekte von Zakowky. Kostüme vom Obergarderobier Paul Hildebrandt.
 Regie: Max Samt.
 Kassenöffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 7 3/4 Uhr.
 Im Garten: **Großes Konzert.** Auf der Sommerbühne Aufführung von Lustspielen, Possen sowie Spezialitäten-Vorstellung ersten Ranges.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Sechs 6. Aufführungen!
Charley's Tante.
 Schwan in 3 Akte v. Brandon Thomas. Vorher:
Die Bajaziti.
 Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson. Musik von Franz Roth.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.
 Schluss der Saison: Freitag, den 15. Juni.

Reichshallen

Dönhofs-Platz.
 Im prachtvollen Garten, bei ungünstiger Witterung im Saal.
Täglich
Humoristische Soirée der Nord-deutschen Sänger.
 Zum Schluss: Ensemble.
Italien in Berlin.
 Anf. Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf., reserviert 50 Pf. Sonntags Anf. 7 Uhr. Entree durchweg 50 Pf., nach 9 Uhr 30 Pf.

Victoria-Brauerei.

Pflanzstraße 111-112.
 Garten resp. Saal.
 Täglich (außer Sonnabends):
Stettiner Sänger

Stettiner Sänger

Sänger:
 Meyzel, Häckel, Pietro, Britton, Eberius, Steidl, Blumchen und Blank.
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
 Willets im Vorverkauf à 40 Pf. und Familien-Billets (à 1 M.) für 3 Personen gültig. (Siehe Plakate.)
 Jeden Abend wechselndes hochamüsantes Programm!

Castan's

Panoptikum.
 Der 13jährige Riese.
 Christliche Märtyrerin.

Passage-Panopticum.

Ein **Dahomey-Dorf** mit 51 wilden Weibern.
 Tägl. 8 Vorstellungen.
 Am 11, 12, 4, 5, 6, 7, 8, 9 Uhr.

Noack's

Sommer-Theater.
 Brunnenstrasse 16.
 Täglich:
Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
 Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 7 Uhr.
 Die Kaffeeküche ist geöffnet.

Neue Welt.

Gasenhalle Nr. 108-114.
Mittwoch: 824 M
Gr. Kinderfest.
 Gratisverloofung, Puppentheater etc. Jedes Kind erhält ein Geschenk.
Konzert. Spezialitäten.
 Entree 15 Pfg., Kinder 10 Pfg.
 Donnerstag: Erstes Gala-Feuwerk. Beschließung und Zerstückung des Schlosses zu Heidelberg. Doppel-Konzert. Spezialitäten. Näh. a. d. Anschlagssäulen.

Zentral-Krankenkasse der Tabakarbeiter.

Dienstag, den 12. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, bei Birte, Elisabethstr. 14.
Mitgliederversammlung.
 Tages-Ordnung: Rechnungslegung; Anträge zur Generalversammlung in Halle; Wahl eines Abgeordneten zu derselben; Verschiedenes. 880/8
 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. s. w.

(Cecilische Verwaltung Berlin O.)
Mittwoch, den 13. Juni, Abends 8 1/2 Uhr bei Lehmann, Kreuzbergstr. 48.
Mitgliederversammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Festsetzung der Gehälter für die Ortsbeamten. 2. Wahl der gesamtamtlichen Ortsverwaltung und Beitragsamtmann. 3. Verschiedenes. 892/11
 Die Ortsverwaltung.

In Roh-Tabaken

und **Utensilien** für Cigarren-Fabrikanten
!! billigster Einkauf!!
W. Hermann Müller
 Berlin
 Neue Friedrich-Strasse 9.
 Streng reelle Bedienung.
Creditgewährung!
 nach Uebereinkunft!
 Ein Jeder mache den Versuch.

Bestes Pflanzmittel der Welt!

ADALBERT VOGT & CO
 BERLIN
 FRIEDRICHSDORF

Diese Universal-Metall-Pflanz-Pomade ist von uns zuerst im Jahre 1876 eingeführt und das Fabrikzeichen „Helm“ durch gesetzliche Eintragung zur Schutzmarke gekennzeichnet worden. Alle ähnlich aussehenden Erzeugnisse sind deshalb Nachahmungen unseres unübertroffenen Pflanzmittels. 808L*

Unserem Pflanzbruder Carl Mahlow zu seinem heutigen Biege-feste ein dreimal donnerndes Hoch.
Der Pflanzverein Wedding. 1172b) Wir gehen alle zugleich!

Danksagung.

Allen Freunden und Bekannten, den Kollegen der Blume'schen Broncewaaren-Fabrik und dem Blume'schen Gesangsverein sage ich im Namen meiner Mutter, Schwester und Schwäger für die vielen Beweise der innigen Theilnahme bei der Beerdigung meines Bruders, des Gärtlers Carl Bufe unseren tiefgefühlten Dank. [1173b] G. Bufe.

Empfehle mein Geschäft in frisonen Blumen und Kränzen.

5441 L*
Robert Meyer,
 Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.
 NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Der Jahrgang 1891 des „Vorwärts“ wird von der Expedition, Beuthstr. 3, zu kaufen gesucht.

Achtung!
 Freunden Genossen empfehle mein **Weiß- und Baireich-Bierlokal.** Nur Münchener Ausschank.
 Auf Wunsch sende ich Flaschenbier frei ins Haus. Achtungswoll [1175b] F. Orłowski, Ballmertheaterstr. 26/27.

Achtung!

Ich erkläre hiermit, daß ich seit dem 5. Mai c. te in boykottirtes Bier schänke und zahle demjenigen 100 M., welcher mir den alten graudüpfigen Herrn nachweist, welcher in meiner Nachbarschaft erklärt, daß ich boykottirtes Bier schänke, damit ich denselben gerichtlich belangen kann. 1177b
 Franz Gittler, Mariannenstr. 48.

Bojkott.

Flaschenbier, direkte Brauereifüllung einer auswärtigen nicht zum Ring gehörigen Brauerei, liefert frei Haus **Rich. Rackwitz,** 1174b Höchststr. 1 II.

Jungbier-Verkauf

von der Brauerei **Tentonia,** Colbergerstr. 19. Dieselbe ist nicht im Brauereiring und liefert nur aus bestem Malz und Hopfen gebräutes **Malz, Werbersch., Weiß- und Braubier à 10 Pf.** 1176b
 Bestellungen von 50 Pf. an frei ins Haus. 1/10 1 M.

Weiße Bier!

Für Fabriken und Werkstätten sowie für Wiederverkäufer liefere ich mein **Verwand-Weißbier** in unübertrefflicher Güte zum Preise von 8 M. für 40 halbe oder 45 1/2 oder 25 1/2 oder 20 ganze Flaschen, frei in's Haus, in Flaschen mit Patentverschluß, ohne Pfandberechnung. Fernsprecher Amt Schönberg No. 92.
A. Seidler, 214L*
 Schönberg, 214L*
 Sedanstraße Nr. 73-75 und 82.
 Berliner Weissbier-Brauerei.

Guora-Bräu

in vorzügl. Qualität empfiehlt in Gebinden v. 20-100 Lit. 30 Fl. = 3 M.
Otto Linke, Lagerhof 3.
 Telephon Amt III Nr. 404.
Bier-Großhandlung A. Suter, 1163b*
 Jägerstr. 103, empfiehlt sein vorzügliches Versand- und Lagerbier in Flaschen vom Münchener Brauhaus, Johannisstr. 17-18.

Martin Berndt's Restaurant

Oranien- u. Alexandrinenstr.-Ecke, verzapft: hell und dunkel Lagerbier aus der Mathenower Exportbier-Brauerei und dem Dresdener Bürgerl. Brauhaus, Plauen-Dresden, Sudweiser Pilsener und echt Kulmbacher. H. Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch. 3102*
 Vorwärts, Volks-Zeitung, Intelligenzblatt und andere Zeitungen liegen aus.

Zum Waldfest am 17. Juni

findet im **Müggelschloß** ein Verkauf von Buch, Schinken, auch warmen Würstchen etc. zu Fleischerpreisen, ebenso Verkauf von Backwaren zu Bäckerpreisen statt. 1087b

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, den 13. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, bei Ehrenberg, Annenstr. 16:
Große Versammlung.

Arbeiter-Bildungsschule

Am **Mittwoch, Abends 8 1/2 Uhr,** Südost-Schule, Waldemarstr. 14:
Vortrag mit Diskussion
 des Herrn Rechtsanwalt Knorr.
 Alle Schüler, Mitglieder wie Gäste werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.
 Schulgeld wird an diesem Abend nicht erhoben. 4568
 In der **Nordschule** fällt Besetzung aus, und ist dort der nächste unentgeltliche Vortrag am 27. Juni.
Der Vorstand.

Achtung! Gastwirthhe. Achtung!

Mittwoch, den 13. Juni, Nachmittags 3 Uhr, in den **Konkordiasälen,** Andreasstraße Nr. 64:
Oeffentliche Versammlung
 sämmtl. Gast- u. Schankwirthhe Berlins u. Umg.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Antwort des Ministers des Innern auf die Einführung einer allgemeinen Polizeistunde bis 1 Uhr; wer hat die zu diesem Zweck bei Schnogelsberg einberufene Versammlung vereitelt und zu welchem Zweck?
 2. Die Stellung des Brauereiringes und der sich ihr angeschlossenen Gastwirthhe-Vereine und Saalhaber, und welche Stellung haben die Gastwirthhe demgegenüber einzunehmen?
 Jeder, den diese Frage interessiert, sorge für genügende Verbreitung. Betriebssteuer-Quittung legitimirt. 164/18
Der Einberufer: W. Lorenz, Kopenstr. 47.

Achtung! Töpfer. Achtung!

Mittwoch, den 13. Juni, Abends 6 Uhr, bei Wilke, Andreasstr. 26: 90/5
Vertrauensmänner-Sitzung.
 Hiermit sind alle diejenigen Kollegen gemeint, welche auf den einzelnen Bauten als Vertrauensmänner gewählt oder bestimmt sind; es fehlt daher keiner. Die Sitzung wird pünktlich eröffnet.
Der Vertrauensmann der Töpfer Berlins und Umgegend.
 Gust. Meijer, Friedrichselderstr. 26.

Achtung! Rixdorf. Achtung!

Große öffentliche Versammlung
 der **Maurer von Rixdorf und Umgegend**
 am **Mittwoch, den 13. Juni, Abends 8 Uhr,** im Lokale des Herrn Kummer, Berlinerstraße Nr. 136.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Bierbojkott und welche Lehre haben die Gewerkschaften daraus zu ziehen? Referent H. Silberschmidt-Schöneberg. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliche Angelegenheiten. 4. Abrechnung vom Vertrauensmann und Neuwahl. Sämmtliche Maurer und Berufsgenossen werden ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen. 249/3
Der Einberufer.

Künstl. Zähne

schmerzlos eingesetzt, festhaltend. Reparaturen sofort. Weniger Bemittelte Ermäßigung. **Kreslawski,** Spittelmarkt 13.

Mittheilung!

Erlaube mir hierdurch mitzutheilen, daß ich unterm 9. Juni a. e. aus dem Brauerei-Ring ausgeschieden bin. Ich offerire nunmehr mein gutes abgelagertes **Lagerbier mit 21 Mark pro Tonne inkl. Spundgeld, Pilsener mit 24 Mark pro Tonne inkl. Spundgeld,** und sehe Aufträgen, die prompt erledigt werden, gern entgegen. 1171b*

Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann,

Belfortstr. 4. Telephon-Amt 3, Nr. 8884.

Ausstellung Italien in Berlin.

(Stadtbahn-Station: Zoologischer Garten.)
 Täglich geöffnet von Morgens 10 Uhr bis Abends 12 Uhr.
 Entree 50 Pf.
Massen-Konzerte sämmtl. italien. Musikkorps,
 Sängergesellschaften, Variété, Marionetten.
Mittwoch, den 13. Juni 1894: Auftreten des Cav. Prof. Eugenid Pini.
Donnerstag, den 14. Juni c.: **Großes Sommerfest** des Zweigvereins des vaterländischen Frauenvereins. Entree 1 Mark, wozu Passo-partouts der Presse und der Behörden ihre Gültigkeit behalten.

Schweizer Garten.

Am **Friedrichshain.** Am **Königsthor.**
 Täglich: **Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**
 Volksbelustigungen aller Art.
 Im neu parquettirten Saale: } Täglich: **Gr. Ball.**
 Von 5-7 1/2 Uhr: Freier Damentanz. Die Kaffeeküche ist geöffnet.
 Entree 30 Pf., Billets vorher 25 Pf.

Boltz' Festsäle,

vormals G. Festerstein. Amt I. Säle 3. Vergnügen u. Versammlungen. Saal m. Bühne u. Garten, auch Sonntags. Jed. **Dienstag u. Donnerstag: Frei-Konzert.** Patzenhofer Bier. 176L*

Bojkottiert sind:

1. Schultheiss-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin (und Tivoli).
2. Brauerei F. Happoldt.
3. Böhmisches Brauhaus, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, A. Knoblauch.
4. Brauerei Karl Gregory, Berlin (Adler-Brauerei).
5. Vereins-Brauerei Rixdorf.
6. Spandauer Berg-Brauerei, vorm. C. Beckmann, Westend bei Charlottenburg.
7. Aktien-Gesellschaft Schloss-Brauerei Schöneberg.

Lokales.

Der Lokalbojkott, welcher auf Betreiben der Herren vom Brauererring in der Versammlung am Dienstag, den 5. d. M., von einer Anzahl Wirthe und Lokalbesitzer beschloffen worden ist und durch den der Bierbojkott und die Sozialdemokratie mauebt gemacht werden soll, hat laut einem „geheimen“ Zirkular, die Unterschrift von 144 Wirthen, Lokalbesitzern, Destillateuren etc. von Berlin und der Umgegend erhalten.

Nicht unterschrieben oder mit Nein gestimmt haben 111 Wirthe etc. Diese Zahlen sind fälschlich, und die Namen der Wirthe, welche sich an der Abstimmung betheilig haben und wie sie gestimmt haben, weist das Zirkular aus. Mit dem einmüthigen Einstehen der Wirthe und Lokalbesitzer für den Brauererring hat es also vorläufig noch sein gutes Bewenden.

Von der Brauerei „Wilhelmshöhe“ ist gestern der Bojkott-Kommission folgendes Schriftstück zugegangen:

Berlin, 10. Juni 1894.

Belfortstr. 4.

Herrn J. Auer, Kahbachstr. 9.

Hiermit bestätige Ihnen den Inhalt meines Inserates im „Vorwärts“ vom 10. d. Mts., woraus ersichtlich, daß ich aus dem „Berein der Brauereien Berlins und der Umgegend“ ausgeschieden bin.

Gleichzeitig mache ich Ihnen die Mittheilung, daß ich die Forderungen der Arbeiter anerkenne.

Hochachtungsvoll
Brauerei Wilhelmshöhe.
E. Lehmann.

Bittere Pillen. Mit lärmender Geschäftigkeit bearbeiten die Handlanger des Bierrieges, die bürgerlichen Organe, die öffentliche Meinung. Sie stampfen Sympathieumgebungen für die Biergrößen mit derselben Leichtgläubigkeit aus dem Boden, wie sie „Industrielle“ hervorzaubern, die mir nichts dir nichts aus purer Gefälligkeit für die dicken Brauer ihre Arbeitsbienen fortjagen wollen. So angenehm dieses Schweigen in der frohen Hoffnung, die verhassten Arbeiter durch Auslieferung im Großen müde zu machen, auch ist: ein wenig Barmhertzigkeit tropft doch in den Becher der Freude. Mag das Liebeswerben der Ringbrüder auch in einem oder dem andern Falle Erfolg gehabt haben: mit der Unterstützung durch ihre Fachgenossen, und dieses können wir mit Bestimmtheit behaupten, sieht's windig aus. Die Reisen in die Provinz haben für die Herren nur Enttäuschungen gebracht. Dies wird schwarz auf weiß bescheinigt durch „Die deutsche Brauindustrie“, die sich in ihrer letzten Nummer wieder mit dem Berliner Bierkrieg beschäftigt. Dieses einflussreiche Fachblatt schließt seine Darlegungen folgendermaßen: „Bei dem Berliner Bojkott handelt es sich nur um große Brauereien, bei den Brauereien außerhalb Berlins, die in Betracht kommen, im Wesentlichen um kleinere Betriebe. Jetzt sollen diese ohne Weiteres, ohne Garantien für die Zukunft zu verlangen, den ersten willig Gefolgschaft leisten, damit nachher, wenn wieder Ruhe und Frieden im Lande ist, der Aufsaugungs-Prozess der mittleren und kleinen durch die großen mit ungeschwächten Kräften fortgesetzt werden kann. Man droht den Brauereibesitzern außerhalb Berlins damit, daß man ihnen andernfalls rücksichtslos Konkurrenz machen würde, indem man zum Selbstkostenpreise liefern würde. Das kann nicht wirken, denn rücksichtslos, als sie schon ist, kann die Konkurrenz kaum werden, verkauft man doch jetzt schon vielfach zum Selbstkostenpreise.“

Wenn man von den Brauereibesitzern außerhalb Berlins verlangt, daß sie nicht nach dort liefern, dann ist es doch eine gerechte Gegenforderung, daß die großen Berliner Brauereien ihre Niederlagen in der Provinz zurückziehen! Daran wird aber wohl keiner von den Herren denken. Im Gegentheil man wird sagen: das sind Sonderinteressen, hier handelt es sich nur um das Solidaritätsgefühl der bürgerlichen Kreise gegenüber der Sozialdemokratie. Nun, eine ebenso große Gefahr wie das letztere ist das Anwachsen des Großkapitals und der Großindustrie. In Bezug auf die Brauerei sind diese Erwägungen aber besonders angebracht, denn sie liefert nach dieser Richtung ein charakteristisches Bild mehr als andere Industrien. Die Entwicklung des Brauereigewerbes in der letzten Vergangenheit lehrt uns, daß die erhöhten Forderungen der Arbeiter demselben bisher weniger geschadet, als die wüste Konkurrenz der Großindustrie.“

Wohl bekomm's, Herr Köstlich!

Die Notiz über den Seheraal der „National-Zeitung“ in der Sonntagsnummer unseres Blattes ist insofern zu ergänzen, als eine Maßregelung zu Gunsten der Brauereiprohen nicht nur versucht, sondern gelungen ist. Die Seher hatten gleich beim Beginn des Bojkotts das bisher aus der Habelschen Brauerei bezogene Bier abbestellt und Bier aus einer nicht dem Ringe angehörenden Brauerei angeschafft. Bald darauf theilte der Retteur, Herr Fromm, den Sehern mit, daß die Geschäftsleitung acht Zeitungseher entlassen werde und fügte hinzu: „Seht Ihr, das habt Ihr bloß der bummeln Biergeschichte zu verdanken!“ Darob fiel den meisten das

Herz in die Hosen, Fluß wurde wieder Habel'sches Bier angeschafft und dann verlautete auch über die angekündigte Entlassung nichts mehr. Zur Ehre der in der Bierfrage überstimmten Minorität müssen wir allerdings konstatieren, daß diese nach wie vor das ihnen aufgezwungene Getränk meiden und dem Weisbier den Vorzug geben. Die Haltung der Leiter der edlen „National-Zeitung“ wird niemand Wunder nehmen, der das in demselben Verlage erscheinende literarische Anglistprodukt, die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“, kennt. Dieses Papier leistet mit seinen blödsinnigen Erfindungen und Verdächtigungen wirklich das Menschenmögliche und ist darin selbst dem braven Eugen noch „über“. So heißt es in einem Bojkott-Artikel der Nummer 22 u. a.: „Es giebt in der That keine komischere Figur, als den Bojkottprediger, der sich zu seiner Brandrede vorher mit einem Glase Schultheiß oder Pagenhofer gekräftigt hat.“ Wir sind der Meinung, daß es unter den Bekämpfern der Sozialdemokratie keine seitlamerer Figur giebt, als Herr Holzgerland, den geistigen Leiter der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“. Zum Beweise dafür wollen wir nur die folgende Thatfache unsern Lesern verrathen, die uns über die Verbreitung des Ablesers der National-Zeitung, wie auch über die Verwendung desselben in Arbeiterkreisen bereiten Aufschluß giebt: Jeder Fabrikant, der seine Arbeiter vor den schlechten Einflüssen der Sozialdemokratie beschützen will, abonniert so viele Exemplare jenes Blattes, als er Arbeiter beschäftigt, um diese am Sonnabend mit geistiger Speise für den Sonntag zu versorgen. Ein „Brotherr“ scheint jedoch damit sehr schlechte Erfahrungen gemacht zu haben; er meldete nämlich kürzlich dem Verleger der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“, man solle doch die Zusendung des Blattes einstellen, denn seit der Vertheilung desselben an die Arbeiter seien jede Woche „alle Klosets der Fabrik verstopft!“ — Wer ist nun die komische Figur?!

Der Bojkott wirkt nicht. Diese Phrase wird trefflich illustriert durch die im heutigen Annoncenbeilieg veröffentlichte Erklärung der Aktiengesellschaft „Münchener Brauhaus“. Herr Happoldt, dessen zarte Fürsorge für die Gesundheit der Berliner Arbeiter diesen so vielen Spaß gemacht hat, bietet sein Bier, das die Berliner Arbeiter partout nicht mehr trinken wollen, um jeden Preis in der Provinz aus. Die Herren welche mit ihren Arbeitern um jeden Pfennig Lohn feilschen, sehen Tausende und Zehntausende dran, um einen mißliebigen Konkurrenten los zu werden. Und dabei hat dieser Konkurrent nichts gethan, als daß er eine brutale Maßregel gegen die Arbeiter nicht mitmachte. Nun die Arbeiter haben ein gutes Gedächtniß und werden sie sich diese Vorgänge merken.

In der Schlossbrauerei Schöneberg sind am Sonnabend wiederum 15 Brauerei-Arbeiter entlassen worden. Der Grund zu dieser Maßregel liegt wahrscheinlich in dem bedeutend erhöhten Absatz, über den die Brauerei in bürgerlichen Blättern berichten läßt!

Einen Schmachtschiff hat der sozialdemokratische Antrag, die amtlichen Bekanntmachungen auch im „Vorwärts“ zu veröffentlichen, bei der Taute Boß zur bedauerlichen Folge gehabt. Die Heimmachfrau des gestrigen Berliner Grundbesitzer wehklagt, daß der „Vorwärts“ aus dem Umstande, daß er Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei ist, noch nicht den Anspruch herleiten dürfe, auch amtliches Veröffentlichungsblatt für die Stadtgemeinde Berlin zu werden. Unzweifelhaft haben sich nun auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten bei Stellung ihres Antrages laun von dem Motiv, daß der „Vorwärts“ die Ehre hat, Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu sein, leiten lassen. Wohl aber sagten sich unsere Parteigenossen im Nothigen Hause, daß amtliche Bekanntmachungen, welche die Allgemeinheit angehen, am zweckentsprechendsten in solchen Blättern veröffentlicht werden, die in den weitesten Volksschichten gelesen werden. Und daß der „Vorwärts“ bei seiner Auflage von etlichen 40 000 Exemplaren entschieden besser solchen Zwecken diene, als Blätter, die sich auch nicht entfernt einer derartigen Verbreitung rühmen dürften, das wird hoffentlich auch die „Vossische Zeitung“ nicht bestreiten. Oder ist sie etwa der Ansicht, daß die magistratischen Bekanntmachungen nicht derartiger Natur sind, daß sie sich zur Kenntnismahme für die weitere Oeffentlichkeit eignen? Wie? — Nachbarin, Guer Flüsschen!

Aus Anlaß der Gewerbegerichts-Wahlen, welche am 26. September stattfinden, wollen wir in Erinnerung bringen, daß bei der ersten Wahl im Februar 1893 die Zahl der eingetragenen Wähler recht gering war. Bei der letzten Volkszählung wurden 92 900 Arbeitgeber und 324 903 Arbeitnehmer als in Berlin ansässig ermittelt. Eintragen ließen sich dagegen nur 3026 Arbeitgeber und 33 968 Arbeitnehmer, das hieße nur 3 1/2 bzw. 10 1/2 pCt., wenn die bei der letzten Volkszählung (1890) ermittelten Zahlen für den Februar 1893 noch als maßgebend angesehen werden könnten. Thatsächlich waren die Prozentziffern noch geringer, da die Zahl der in Berlin ansässigen Arbeitnehmer und Arbeitgeber bis dahin selbstverständlich noch gestiegen war. Die Betheiligung der eingetragenen Wähler an den Wahlen war reger. Von den Arbeitgebern wählten 73, von den Arbeitnehmern 76 pCt. Oeffentlich beweist die Arbeiterschaft Berlins durch umfassende Eintragung in die Wählerlisten, daß sie diesmal in ihrer Gesamtheit gewillt ist, den Gewerbegerichtswahlen das gebührende Interesse entgegen zu bringen. Kein wahlberechtigter Arbeiter darf den kleinen Weg zu seinem Wahlbureau scheuen.

Lasset die Kinder zu mir kommen. An den Anschlagläusen unserer Nachbarstadt Spandau steht folgendes menschenfreundliche Plakat zu lesen:

„200 Schulkinder nicht unter 10 Jahren werden des Mittwochs und Sonnabends Nachmittags zum Hederichsaudreien verlangt. Lohn für den halben Tag 30 Pf. Frühwerk steht bei der neuen Kirche an der Potsdamer Chaussee bereit. Rittergut Gr. Wsine.“

Hierzu sei bemerkt, daß der Besizer dieses Gutes, ein Herr Wolland, vorab den Versuch gemacht hatte, durch Vermittelung der Lehrerschaft der Gemeindeschulen zu billigen Arbeitskräften zu kommen. Dank dem energischen Eingreifen der Arbeitervertreter im Gemeindefollegium ist dieser Versuch jedoch vereitelt worden. Fragt man aber, warum der Herr Rittergutbesitzer Wolland partout darauf angewiesen ist, gegen baare 30 Pfennige die Proletariatskinder des freien Nachmittags zu berauben, so erhält man eine genügende Antwort, wenn man erfährt, daß dieser Herr die Einschätzung zu einem auffallend niedrigen Einkommensteuersatz damit motiviert hat, daß sein Besitzthum trotz Spiritusbrennerei und umfangreicher Wadlung nicht nur nichts abwerfe, sondern sogar noch einen baaren Zuschuß erfordere!

Erscheint es unter solchen Umständen nicht genügend gerechtfertigt, wenn so ein nothleidender Agrarier aus erwachsene Arbeiter trotz der grenzenlosen Arbeitslosigkeit, die gerade in Spandau herrscht, verzichtet und freundlich die liebe Schuljugend zum Hederichsaudreien einladet?

Alles begreifen heißt Alles verzeihen und wir nehmen daher keinen Anstand, das nothleidende Agrariertum gerade angesichts dieses Falles dem Mitleid der Arbeitslosen Spandaus zu überantworten.

Das Thien'sche Fuhrwesen kann insoweit allen strebsamen Kapitalisten zum Vorbild dienen, als es in der intensiven Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft so ziemlich das Menschenmögliche leistet. Auf der Omnibuslinie Schlesisches Thor—Potsdamer Thor haben Schaffner und Kutscher bei einem Monatsgehalt von baaren 75 M. eine tägliche Arbeitszeit von 17 Stunden. Der Humanität trägt Herr Thien bei dem sich stündlich auf 17 Reichspfennige belaufenden Verdienst seiner Arbeiter insofern Rechnung, als er ihnen jeden neunten Tag frei läßt. Die Fahrzeit ist so eingerichtet, daß die Angestellten im günstigen Fall an den Endstationen etwa 5 Minuten pausieren können; es ist aber auch nicht Seltenes, daß der Kutscher auf der Fahrt eine Verspätung erleidet, welche dann zum Theil die Annehmlichkeit hat, daß er fast im Moment der Ankunft an der Endstation auch wieder abfahren muß. Unter solchen Verhältnissen erscheint es erklärlich, wenn die Angestellten oft während der Fahrt verstopfen in die Taschen langen, um häufig ihr armseliges Stückchen Brot zum Munde zu führen. Es wäre im Zeitalter der kapitalströmenden Sozialreform eine unverzeihliche Anmaßung, wollte man an Herrn Thien die Bitte richten; es einmal seinen Kutscher und Schaffner nachzumachen; wohl aber erscheint uns die Frage am Platze, ob er seinen starken und wohlgenährten Pferden Tag für Tag eine Arbeitsleistung zutrauen möchte, die seine Angestellten zu einem Lohne, der zu anfänglicher Ernährung auch nicht entfernt ausreicht, ohne Widerrede verrichten müssen.

Die Sonntagruhe erlitt am letzten, wie auch am vorletzten Sonntag Vormittag von dem neuen „Gotteshaue“ in der Thurmstraße aus eine recht lärmende Unterbrechung. Im Innern der Kirche wurde aufstehend von Steinwegen darauf los gebämmert, was das Zeug halten wollte, sodas die Passanten, die ruhig in der Gegend ihres Weges gingen — sei es zur Kirche oder anderswohin — verwundert nach dem Ursprungsort des unheiligen Lärms schauten. Die Frage, inwieweit sich eine solche Entheiligung des Sonntags mit den Staatsgesetzen verträgt, wird hoffentlich von geeigneter Seite eingehend beantwortet werden.

Aus dem städtischen Obdach, wie auch aus der Herberge zur Heimath in der Oranienstraße bringen fortgesetzt Klagen zu uns, daß die Gäste gar oft von gewissenlosen Spitzhunden nächtlich ihres geringen Eigentums beraubt werden. Sollte es vorausgesetzt, daß die uns gemachten Angaben sich bestätigen, den Verwaltungen dieser Institute nicht möglich sein, durch eine eifrige Kontrolle derartige Gaunereien zu verhüten?

Als Beitrag zum Kapitel von der nothleidenden Landwirtschaft wird uns von einer mitleidvollen Seele berichtet, daß am Eröffnungstage der Landwirtschaftlichen Ausstellung im Balletabstimmungssaal Courjal 1000 M. für Entree und 3000 M. für Weine eingenommen worden sind. Gegen zwei Uhr war es nicht mehr möglich, das letzte programmmäßige Ballet zur Aufsführung zu bringen, weil sämtliche hierin mitwirkende Damen bereits von den Söhnen der Landwirtschaft entführt waren....

Verhand über Justiz? Einen unwillkommenen Besuch erhielt gestern Mittag der Inhaber der Hund'schen Hofschlächterei, Linienstraße 248. Das Pferd der Drochke zweiter Klasse Nr. 4547 war schon geworden, jagte die Linienstraße entlang und stürzte, das Gefährt nach sich schleppend, in den Laden des Hofschlächters. Erst unter großen Schwierigkeiten gelang es, das Pferd zu bewegen, den Laden noch einmal zu verlassen.

Von einer sonderbaren Ehescheidung berichtet allen Ernstes ein hiesiger Gerichts-Berichterstatler folgendes: Die Frau, welche in sechzehnjähriger Ehe nicht weniger als 18 Kinder gehabt, sich dann in unerlaubte Beziehungen eingelassen hatte, wurde für den schuldigen Theil erklärt. Als Grund der Abwendung von ihrem Manne hatte sie „Verunreinigung“ angegeben.

In der letzten Sitzung der Rixdorfer Gemeindevertretung beschäftigte man sich mit der Festsetzung der Kanalisationsgebühren. Es wurde beschlossen, vom 1. Juli d. J. ab von bebauten Grundstücken an kanalisirten und regulirten Straßen zu erheben: 1. pro laufenden Meter Front 1,50 M., 2. pro Grundstück 3 pCt. des Gebäude-Nutzungswertes, wobei die neue Gebäudesteuer-Einschätzung, welche für Rixdorf einen Nutzungswert von insgesamt 4 094 087 M. ergeben hat, zu Grunde gelegt werden soll. Bei Grundstücken oder solchen bebauten Grundstücken, welche an mehreren Straßen belegen sind, soll nicht die volle Frontlänge zu den Abgaben herangezogen, sondern je 15 Meter in Abzug gebracht werden. Da an Kanalisationskosten jährlich ca. 212 500 M. aufzubringen sind, nach diesem Tarif jedoch nur ca. 177 000 M. von den Grundbesitzern gezahlt werden, so soll der Restbetrag — ein Sechstel der Gesamtsumme — aus den öffentlichen Mitteln der Gemeinde gedeckt werden. Die laufenden Kanalisationsbeiträge sind von den Grundstücksbesitzern vierteljährlich zu entrichten. Bezüglich der einmaligen Abgaben für die Haus- und Regenrohr-Anschlüsse an die Kanalisation wurde festgesetzt, daß an Gebäuden erhoben werden für Hausanschlüsse 20 M., für Regenrohr-Anschlüsse 11 M., während die Selbstkosten der Gemeinde 60—80 bzw. 30—40 M. betragen. Dieses Geschenk soll den Hausbesitzern gemacht werden, weil sie durch die Kanalisation in diesem Jahre ganz außerordentlich belastet werden.

Verschunden ist auf dem Wege nach Berlin ein 9jähriges Mädchen. Der Monteur Quas aus Lindenau bei Leipzig ist gegenwärtig auf der landwirtschaftlichen Ausstellung in der Wachsminde beurlaubt. Da seine Ehefrau zu Hause erkrankte, hat er einen Arbeitsgenossen, den Schlosser Möbius, schriftlich, seine 9jährige Tochter Frida nach dem Berliner Bahnhof in Leipzig zu bringen und ihre Adresse hierher zu übermitteln. Er, der Vater, werde das Kind hier auf dem Anhalter Bahnhof in Empfang nehmen. Möbius hat am Donnerstag Morgen um 6 1/4 Uhr Frida Quas nach dem Bahnhof in Leipzig begleitet, eine Fahrkarte vierter Klasse gelöst und das Kind einem unbekanntem Mann, der in derselben Abtheilung nach Berlin reisen wollte, zur Aufsicht empfohlen, indem er ihm mittheilte, daß der Vater in Berlin auf dem Bahnhof erscheinen werde. Das Kind ist, als der Vater es beim Entressen des Zuges erwartete, nicht mitgekommen und bis jetzt verschwunden. Der Unbekannte ist etwa 30 Jahre alt, hat dunkles Haar und dunklen Schnurrbart und als besonderes Erkennungszeichen einen verkrümmelten Zeigefinger. Er hat erzählt, daß er noch der Kaisertruppe in Berlin wolle. Frida Quas hat rothes Haar, rothes volles Gesicht und trug einen hellblauen Pellerinen-Regenmantel und ein blaues Kleid.

Zeugen gesucht! Diejenigen Personen, welche gesehen haben, wie am Sonntag, den 23. April, Nachmittags 6 1/2 Uhr, auf der Warschauer Brücke ein Mann von mehreren Bahnarbeitern gefolgt wurde, werden ersucht, ihre Adresse Weidenweg 7 vorn 3 Treppen bei Börner abzugeben.

Aus unbekanntem Gründen warf sich am Freitag Nachmittag der hier Preussenerstr. 13 wohnhaft gewesene Kaufmann Walter B. vor einen Stadtbahngzug, der von der Station Grundwald nach Charlottenburg fuhr. Die Lokomotive geriet den Lebensmüden derartig, daß er bereits auf dem Transporte nach dem Charlottenburger Krankenhaus verstarb. — Ebenfalls von der Eisenbahn überfahren wurde am Sonntag Mittag um 12 Uhr

Table with 6 columns: Stationen, Barometerstand in mm, Windrichtung, Windstärke (Stufe 1-12), Wetter, Temperatur (nach Celsius). Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Wiesbaden, München, Wien, Caparanda, Petersburg, Corf., Aberdeen, Paris.

Witterung in Deutschland am 11. Juni, 8 Uhr Morgens. Nachdem am Sonnabend Nachmittags der Himmel sich vorübergehend aufgeklärt hatte, trat schon gestern früh nach neuem Barometerfall abermals Regenwetter ein.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 12. Juni 1894. Rähes, veränderliches, vorwiegend trübes Wetter mit Regenfällen und frischen westlichen Winden.

Gerichts-Beitrag.

Der Duellwahn vor dem Schwurgericht. Wegen Zweikampfs mit tödlichem Ausgange ist der Fabrikant de la Croix, der am 18. Januar den Arzt Dr. Röber im Pistolenduell vom Leben zum Tode befördert hat, am Montag vom Schwurgericht am Landgericht II zu der zulässig niedrigsten Strafe — zwei Jahr Festungshaft — verurtheilt worden.

Das Reichsgericht hat die gegen das Urtheil des Landgerichts Hamburg in dem Fahrkarten-Prozess eingelegten Revisionen des Schaffners Schuldt und von 16 Viehhändlern am Montag verworfen.

Soziale Uebersicht.

Achtung, Brauereiarbeiter! Wir machen hiermit die ausgesperrten Brauereiarbeiter nochmals auf den in der Versammlung am 9. Juni angenommenen Antrag aufmerksam. Der Antrag lautet: Die re. Versammlung beschließt, die Unterstützungsforderung vom heutigen Tage ab wie folgt zu regeln: 1. Die Unterstützung für die nach dem 26. v. Mts. ausgesperrten beginnt nach Ablauf von 12 Tagen Wartezeit vom Tage der Aussperrung ab gerechnet.

Au die Handwerkskammer Berlin! Kollegen! Unser erster Versammlungsbericht ist vorüber und es beginnt nunmehr ein neuer Abschnitt unserer Thätigkeit. Wenn auch in Bezug auf Agitation bisher tüchtig gearbeitet worden ist, so mußte der Kongress auf Grund der Situationsberichte zu der Ueberzeugung gelangen, daß noch viel, sehr viel, zu thun übrig bleibt, ehe wir das uns gesteckte Ziel erreicht haben.

Achtung, Fischer! Die Lohnunterschiede in der Werkstatt von Rutschmar, Straßendorfstr. 7, sind noch nicht beigelegt. Ferner ist die Angelegenheit bezüglich der Wahrung mehrerer Kollegen in der Werkstatt von Weismann, Dieffenbachstr. 88, noch nicht geregelt.

Achtung, Steinarbeiter! Der Streit der Steinarbeiter in Strehlen i. Schles. ist durch eine Einigung zu gunsten der Kollegen beendet. Dagegen dauert der Streit der Steinarbeiter in Weichsel und Umgebung unverändert fort.

Die Lohnbewegung im Lindner'schen Strumpfgeschäft in Burgstädt dauert fort, da keine Einigung erzielt ist.

Die Kündigung der Weber der Firma Belling, Rath u. Hauschild in Osterode a. S. ist mit dem 9. Juni abgelaufen und befinden sich 30 Weber, weil sich der Fabrikant zu keinem Zugeständnisse bereit erklärte, im Streik. Vor Zugzug wird gewarnt. Briefe und sonstige Angelegenheiten sind zu richten an Ernst Lohrengel, Dielenplan Nr. 402.

An die in den Färbereien beschäftigten Genossen Deutschlands! Seit 8 Wochen befinden sich die Färberei-Arbeiter der Firma Chini u. Söhne in Wien-Kaisermärchen in Streik, welcher ihnen durch die die Spitze getriebene Ausbeutungssucht des Herrn Chini in brutaler und rücksichtsloser Weise ausgedrungen wurde.

Die Handlungsweise dieser Streikbrecher wird noch verwerflicher dadurch, daß sie von den hiesigen Genossen nach erfolgtem Arbeitsantritt über die Ursachen und den Stand des Lohnkampfes in offener und liebevoller Weise belehrt wurden, wobei ihnen das Schädliche ihres Beginns klargestellt und bei eventuellem Hierbleiben Arbeit in anderen Färbereien zugesichert, bei Rückreise in ihre Heimath aber die Mittel hierzu in Aussicht gestellt wurden.

Die Differenzen mit der Löwenbrauerei in München scheinen friedlich geschlichtet zu werden. Die national-liberalen „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben: Die von der Volksversammlung im „Orpheum“ gewählten fünf Herren wurden von der Löwenbrauerei empfangen und es fand eine Besprechung mit der Direktion statt, welche auch ihren Arbeiters-ausschuß zugezogen hatte.

Ein herrliches Bild der Zustände im heutigen kapitalistischen Ordnungszustand giebt der Reichsfrei einer Rixdorfer Arbeiterin an die Redaktion eines dortigen Lokalblattes. Wir geben dasselbe hier ohne jeden Kommentar wieder, da dasselbe für sich selbst spricht.

Ein herrliches Bild der Zustände im heutigen kapitalistischen Ordnungszustand giebt der Reichsfrei einer Rixdorfer Arbeiterin an die Redaktion eines dortigen Lokalblattes. Wir geben dasselbe hier ohne jeden Kommentar wieder, da dasselbe für sich selbst spricht.

Von etwa 200 000 Vergleuten, die in den Vereinigten Staaten Verlohle graben, haben augenblicklich 180 000 die Arbeit niedergelegt. Der Zustand umfaßt vierzehn Staaten und zwei Territorien, in denen eine Masse von Eisenbahnen, Fabriken, Dampferlinien und anderen Establishments in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die Telegraphenauskäufer haben nun eine sich über die ganze Schweiz erstreckende Organisation.

Achtung, Fischer! Die Lohnunterschiede in der Werkstatt von Rutschmar, Straßendorfstr. 7, sind noch nicht beigelegt. Ferner ist die Angelegenheit bezüglich der Wahrung mehrerer Kollegen in der Werkstatt von Weismann, Dieffenbachstr. 88, noch nicht geregelt.

Achtung, Steinarbeiter! Der Streit der Steinarbeiter in Strehlen i. Schles. ist durch eine Einigung zu gunsten der Kollegen beendet. Dagegen dauert der Streit der Steinarbeiter in Weichsel und Umgebung unverändert fort.

Mit bezug auf unsere Erklärung in Nr. 125 verzeichnen wir nachstehend die Lokale, in welchen unsere garantiert reinen, nur aus Hopfen und Malz gebrauten Biere zum Ausschank kommen und zwar zu den bekannten billigen Preisen:

$\frac{1}{4}$ Liter Bairisch	5 Pfg.
$\frac{1}{2}$ Liter Bairisch	10 Pfg.
$\frac{1}{4}$ Liter Münchener	7 Pfg.
$\frac{1}{2}$ Liter Münchener	13 Pfg.

Süddeutsche Brauerei.

C. Kintz & Cie.

Anklamerstraße 29.
 Alte Jakobstraße 61.
 Alderstraße 112.
 Barnimstraße 19.
 Bernauerstraße 47c.
 Blücherstraße 34.
 Büschingstraße 5.
 Budowerstraße 11.
 Brunnenstraße 12.
 Chausseestraße 28a.
 Chausseestraße 51.
 Köslinerstraße 11.
 Dresdenerstraße 18.
 Franzosienstraße 49.

Große Frankfurterstraße 39.
 Invalidenstraße 135.
 Kastanien-Allee 11.
 Köpnickstraße 114.
 Köpnickstraße 23.
 Königsbergerstraße 30.
 Oranienstraße 14.
 Reichenbergerstraße 21.
 Rügenerstraße 13.
 Neue Schönhauserstraße 19.
 Skalitzerstraße 75.
 Ujedomstraße 32.
 Weidenweg 34.
 Waldstraße 57.

In **Schöneberg**: Hauptstraße 138.

In **Charlottenburg**: Garde du Corpsstraße 1.
 Potsdamerstraße 5.

In **Friedrichsberg**: Blumenthalstraße 45.

2811*



Für Hausfrauen wird in nachstehenden **Verkaufsstellen** unser vorzüglich gebranntes Bier zum Selbstfüllen zum Preise von **10 Pf.** pro Liter abgegeben:

Anklamerstraße 29.
 Ujedomstraße 32.
 Köslinerstraße 11.
 Tiedtstraße 9.
 Prinz-Eugenstraße 1.

Benfelfstraße 16.
 Boyenstraße 7.
 Biesenthalerstraße 6.
 Kirchbadstraße 9.

Charlottenburg: Garde du Corpsstraße 1. Grünstraße 15.

Friedrichsberg: Friedrich-Karlstraße 2.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein bojkottirtes Bier!

Interim neuen Kurs.

2. **Sera.** Genosse Leven als Redakteur der „Menschlichen Volkszeitung“ 2 Monate Gefängnis wegen Verleumdung eines Pfarrers. Der Staatsanwalt hatte nur 14 Tage beantragt.
3. **Essen.** 8 Monate Gefängnis Genosse Dänninghaus, je zur Hälfte wegen Verleumdung und verschiedene Klassen der Bevölkerung gegeneinander aufgereizt zu haben. Staatsanwaltlicher Antrag wegen der ersten Straftat 9 Monate, wegen der letzteren 1 Jahr Gefängnis.
4. **Mülhausen.** Freigesprochen Genosse Wille von der Anklage der Aufreizung zum Klassenhaß. Antrag 6 Monate Gefängnis.
5. **Fraunfurt a. O.** Der Redakteur der „Märkischen Volksstimme“, Genosse Jappen, wegen Verleumdung der Bevölkerung gegeneinander aufgereizt zu haben, 1 Monat Gefängnis.
6. **Magdeburg.** Verleger und Drucker der Broschüre „Religion und Sozialdemokratie“, die Genossen Garbaum und Arnold, wegen Vergehen gegen das Pressegesetz je 20 M. Geldstrafe.
7. **Hannover.** Genosse Bertram v. Rheden von der Anklage, den Landrath beleidigt zu haben, freigesprochen.
8. **Leiz.** Gleiches Glück hatte Genosse Baumberg. Es erfolgte Freisprechung von der Anklage der Bürgermeisterei-Verleumdung. Der Antrag lautete auf 6 Wochen Gefängnis.
9. **Peterswaldau.** Wegen Majestätsbeleidigung Hermann Fräger 2 Monate Gefängnis. Antrag 6 Monate.
10. **Berlin.** Wegen Verleumdung der Polizei aus Anlaß der Berichterstattung über die Vorgänge am 18. Januar im Anschluß an die Arbeitlosenversammlung, die Genossen Bachau, Kessler und Schmidt, 2, 3 und 5 Monate Gefängnis.
11. **Magdeburg.** 40 Genossen aus Barleben wurden wegen Aufstands verurtheilt. Einer zu 3 Wochen Gefängnis, einer zu 100, einer zu 30, und 37 Genossen zu je 10 M. Geldstrafe. Es handelte sich um einen Aufstand. München. Zwei Kollporteurs des „Süddeutschen Postillon“ wegen Aergernißerregung je 1 M. Geldstrafe. Das Delikt bestand in der Verbreitung des „Postillon“.
12. **Essen.** Genosse Dammeyer wegen Verleumdung eines Gendarmen und der Bergbehörde in Dortmund 50 M. Geldstrafe.
13. **Saalfeld.** Wegen Verleumdung eines Krankenkassen-Verwalters Genosse A. Hoffmann 10 M. Geldstrafe.
14. **Magdeburg.** Zu 50 M. Geldstrafe Genosse Baumüller wegen Verbreitung einer unächtigen Schrift. Es handelte sich um einen Artikel, der die wegen Ruppelri erfolgte Verhaftung einer Wittve betraf.
15. **Bremen.** Genosse Bruhns, Redakteur der „Bürgerzeitung“, wegen Verleumdung eines Schuhmachermeisters 15 M. Geldstrafe.
16. **Halle.** Von der Anklage der Uebertretung des Vereins- und Versammlungsgesetzes Genosse Mittag freigesprochen. Antrag 15 M. Geldstrafe.
17. **Leipzig.** Die Revision des Genossen Schröder, Redakteurs des „Vorwärts“, wegen Verleumdung des preussischen Handelsministers wurde verworfen. Strafe 150 M.
18. **Grätz.** Zwei Genossen wegen unerlaubten Kollektirens je 3 M. Geldstrafe.
19. **Solingen.** Der Gendarmenbeleidigung schuldig befunden Genosse Wilde, der frühere Redakteur der „Vergischen Volksstimme“, eine Inhaftstrafe von drei Monat Gefängnis.
20. **Dessau.** Vier Genossen aus Staßfurt in der Berufungsinanz von der Anklage der Uebertretung des Vereinsgesetzes freigesprochen.
21. **Berlin.** Der Redakteur des „Sozialdemokrat“, Genosse Bachau, wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze 6 Monate Gefängnis; Antrag 9 Monate.
22. **Kiel.** Wegen Bedrohung eines Streikbrechers ein Schneider freigesprochen; Antrag 1 Monat Gefängnis.
23. **Magdeburg.** Durch Aufforderung zur Weiterführung des Boykotts soll Genosse Kees großen Unfug verübt haben. Sühne: 100 M. Geldstrafe; Antrag 4 Wochen Haft.
24. **Dresden.** Genosse Robert Schön wegen Vergehens gegen das Pressegesetz — Verbreitung des Antisyllabus — 3 Monate Gefängnis. Der eigene Bruder war der Denunziant.
25. **Magdeburg.** Wegen Vergehens gegen das Pressegesetz Genosse Sprenger 20 M. Geldstrafe.
26. **Braunschweig.** 20 M. Geldstrafe Genosse Calver wegen Verleumdung des Chefredakteurs der „Braunschweiger Landeszeitung“.
27. **Wieslau.** Durch Mandat war Genosse Steinkuhl wegen unerlaubten Kollektirens mit einer Strafe von 50 M. bedacht worden. Bei der richterlichen Entscheidung erfolgte Freisprechung.
28. **Magdeburg.** 4 Wochen Haft Genosse Vater wegen Boykott-Verurteilung.
29. **Berlin.** Genosse v. Wächter von der Anklage, zum Ungehorsam gegen die Gesetze aufgefordert zu haben, freigesprochen.
30. **Naumburg.** Von der Anklage der Majestätsbeleidigung 4 Genossen freigesprochen.
31. **Wieslau.** Der Genosse Meizer in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur des „Sächs. Volksblatt“ wegen Verleumdung 100 M. Geldstrafe.
32. **Fraunfurt a. M.** Das freisprechende (schöffengerichtliche) Urtheil gegen den Genossen W. Schmidt wegen Boykottverurteilung wird in der Berufungsinanz bestätigt.
33. **Berlin.** Genosse W. D. L. wegen Verleumdung von Ärzten der Charité 1 Monat Gefängnis.
34. **Naumburg.** Wegen Majestätsbeleidigung der Arbeiter Sobisch aus Leiz 9 Monate Gefängnis.
35. **Brandenburg.** Genosse Heimlich aus Werder wegen Verstoß gegen die Ordnung der Druckschriften-Verbreitung 24 M. Geldstrafe.
36. **Staßfurt.** Einen Monat Gefängnis Genosse Robert Greiner aus Ascherleben wegen Verleumdung des Gerichtshofs und des Staatsanwalts.
37. **Magdeburg.** Wegen Verbreitung groben Unfugs — Boykottverurteilung — Genosse Vater 6 Wochen Haft, und die Genossen Gärtner und Lange je 100 M. Geldstrafe.

38. **Solingen.** Genosse Wilde 80 M., und Genosse Fritzsche 20 M. Geldstrafe wegen Verleumdung eines Klempnermeisters.
39. **Stuttgart.** Die fünf dem Landesverband der Sozialdemokratischen Partei Württembergs angehörenden Genossen von dem Vergehen gegen das Pressegesetz freigesprochen.
40. **Oberberg.** Von der Anklage, den Magistrat beleidigt zu haben, Genosse W. Känke freigesprochen.
41. **Altona.** 50 Mark Geldstrafe Genosse J. Heine, Offizien, wegen Verleumdung des früheren Reichstags-Abgeordneten des v. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises, Grafen Moltke.
42. **Magdeburg.** In der Berufungsinanz Gen. Mathies aus Elbingerode von der Anklage der Beamtendebildigung freigesprochen. Erstinstanzliches Urtheil, 1 Monat Zuchthaus als Inhaftstrafe.
43. **Erfurt.** Wegen Verstoßes gegen das Pressegesetz Genosse Stegmann 10 M. Geldstrafe.
44. **Oberhofen.** 7 Tage Gefängnis bekam für das Singen des Sozialhymnenmarsches bei einer Turnersahrt der Turnwart des Vereins.
45. **Chemnitz.** Verurtheilt wurden 22 Genossen zu Geldstrafen von 5—10 M. wegen groben Unfugs, der in der Verbreitung von Flugblättern entdeckt wurde.
46. **Breslau.** Genosse Scheib in seiner Eigenschaft als Redakteur wegen Verleumdung eines Gendarmen 50 M. Geldstrafe. Wegen Beihilfe die gleiche Strafe Genosse Fuchs.
47. **Magdeburg.** Die Genossen Gaverkamp 50 M. und Peters 80 M. Geldstrafe wegen Boykottverurteilung.
48. **Berlin.** Von der Anklage der Beschimpfung der evangelischen Kirche Genosse R. Schmidt, Redakteur des „Vorwärts“, freigesprochen. Desgleichen wurde Genosse Bloke als Verleger des „Buch der Freiheit“ von der Anklage der Gotteslästerung und der Aufreizung zum Ungehorsam gegen die Gesetze freigesprochen. Antrag 1 Monat Gefängnis.
49. **Die Genossen Fr. Waader** wegen Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten 100 M. Geldstrafe.
50. **Erfurt.** Sechs Monate Gefängnis wegen Anstiftung zur Majestätsbeleidigung Genosse Hüffe.
51. **Burgen.** Genosse A. Diehl von der Anklage der Postbotenbeleidigung freigesprochen.
52. **Leipzig.** Wegen Verbreitung groben Unfugs Genosse A. D. der 14 Tage Haft. Bemerkenswerthe Weise sah diesmal der Gerichtshof in der Boykottverurteilung nicht den groben Unfug, sondern in der Art und Weise der Bekanntgabe — Flugblattvertheilung an Jedermann.
53. **Döhlen.** Genosse Gohrich in Deuben wegen unbefugten Nebens am offenen Grabe, und Genosse Morgenstern in Jüchelde wegen Abhaltens einer nicht angemeldeten Versammlung, je 30 M. Geldstrafe.
54. **Burgen.** Der frühere Redakteur der „Burgerzeitung“, Genosse A. Thiele, wegen groben Unfugs 6 Wochen Haft.
55. **Solingen.** Wegen Verstoßes gegen das Pressegesetz Genosse Franken, Redakteur der „Vergischen Arbeiterstimme“, 2 M. Geldstrafe. Es handelte sich um die nicht rechtzeitige Einlieferung des Pflichtexemplars.
56. **Dof.** In der Berufungsinanz wurde Genosse Stücklen, Redakteur der Oberfränkischen „Volkszeitung“, wegen Verleumdung eines Oberlieutenants zu 15 Tagen Gefängnis verurtheilt.
- Insgesamt wurde erkannt auf 1687 M. Geld- und 4 Jahre 9 Monate 2 Wochen und 1 Tag Gefängnis.

IV. Verbandstag deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten.

Berlin, den 10. Juni 1894.

Der Verband deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten hielt hier am 8. und 9. Juni unter äußerst zahlreicher Theilnahme in Dörfels Festsaal, Neue Friedrichstr. 33, seinen vierten Verbandstag ab. Zu demselben waren Delegirte aus circa 25 Städten, z. B. aus Köln, Kiel, Düsseldorf, Leipzig, Magdeburg, Halle, Hamburg, Braunschweig, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Potsdam, Hannover, Oldenburg, Stralsburg, Bremen u. sowie mehrere hundert Berliner Mitglieder erschienen. Eine große Anzahl Glückwunschtelegramme war eingelaufen. Während am ersten Verhandlungstage nur eine Versammlung des Vorstandes und der Verbands-Ausschmittglieder stattfand, war zum zweiten Tage, den 9. Juni, die allgemeine Hauptversammlung angesetzt, in welcher der Bericht des Vorstandes über die Gesamtanlage und Thätigkeit des Verbandes, der Bericht der Schriftführer über den Mitgliederbestand und die Organisation des Verbandes, sowie Bekanntgabe statistischer Daten, der Bericht des Zahlmeisters und Geschäftsführers über den Kassenbestand, die Geschäftsfrage und die Thätigkeit des Verbands-Waarenhauses, die Berichterstattung über die Thätigkeit der Bezirks- und Ortsvereine durch die Ausschmittglieder, Mittheilung der in der geschäftlichen Verhandlung vom 8. Juni gefassten Beschlüsse u. c. erörtert wurden. — Der Vorsitzende, Postassistent Rahmsitz, begrüßte die Erschienenen und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Kollegen so zahlreich erschienen seien, um zu berathen, wie die Lage der Postassistenten auf dem Wege der Selbsthilfe gebessert werden könne. Die Schläge, die man früher, bei Entstehung des Verbandes, gegen diesen gerichtet habe, seien alle zu ihrem Vortheil ausgefallen und jetzt sei die Sturm- und Drangperiode vorüber. In dem rastlosen Streben der Assistenten offenbare sich nur ihr Idealismus und es sei sehr zu bedauern, daß dieser Idealismus an maßgebender Stelle keine Anerkennung finde. Der Verband sei gegründet worden, um die soziale und wirtschaftliche Lage seiner Mitglieder zu heben, und dieses habe Anstoß erregt. Die Assistenten fühlten sich in ihrer Stellung nicht genügend seitens ihrer Vorgesetzten geachtet, trotzdem der Post durch ihre Zuverlässigkeit der gute Ruf erhalten bleibe. Die Kluft zwischen den höheren und niederen Beamten müsse endlich überbrückt werden. (Beifall.) Den Bericht des Vorstandes über die Gesamtanlage und die Thätigkeit des Verbandes seit dem letzten Verbandstage“ erstattete der Verbandsvorsitzende Rahmsitz, welcher mittheilte, daß die Mitgliederzahl wiederum im letzten Jahre um ca. 1000 zugenommen habe. Eine ganze Anzahl Bezirksvereine seien neu ins Leben getreten und die Geschäfte seien erweitert worden. Neue Filialen seien in Hamburg und Hannover begründet worden, andere würden folgen. Mit der Gründung einer Krankenkasse habe sich der Vorstand eingehend beschäftigt und von der Begründung

noch vorläufig abgesehen, da die Beiträge zu niedrig veranschlagt worden seien. Der Fachkalender werde 1895 herausgegeben werden. Ein neuer Entwurf der Satzungen sei ausgearbeitet und werde demnächst veröffentlicht werden. (Beifall.) Ueber das Thema: „Ist der Verband seinen Zielen näher gekommen?“ hielt der Geschäftsführer Funk hierauf einen fast einstündigen Vortrag, in welchem er nochmals auf die Nothwendigkeit der Begründung des Verbandes hinwies und bedauerte, daß es den Assistenten durch das Neglement von 1871 nicht ermöglicht sei, sich zu einer höheren Stellung aufzuschwingen. Der Verband habe Erfolge zu verzeichnen, auf die er unbedingt stolz sein könne. Die Presse siehe demselben, außer der „Köln. Zeitung“ und der „Nordb. Allg. Zeitung“, wohlwollend gegenüber und auch der Reichstag habe sich des eingehenden mit ihm beschäftigt. (Bravo.) Maßregelungen gegen die Mitglieder können leider noch immer vor, so seien lehthin wiederum in Bremen 14 Assistenten verhaftet worden, nur weil sie Verbandsmitglieder gewesen seien. (Oder!) Hiergegen müsse er öffentlich protestiren. (Stürmischer Bravo!) Die Lage der Assistenten könne nur durch Einigkeit und Zusammengehörigkeit gebessert werden. (Stürmischer Beifall.) Aus dem Bericht über den Mitgliederbestand u. c. war zu entnehmen, daß der Verband fortwährend im Wachsen begriffen ist. Der Verband zählt zur Zeit 6487 Mitglieder gegen 5508 im Vorjahre. An Beiträgen wurden 11 980 Mark gezahlt; die Gesamtsumme der Einnahmen seit Begründung des Verbandes betrug 285 002,80 M.; die Ausgaben dagegen 283 708,46 M., sodas ein Ueberschuß von 2284,34 M. verblieb. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug am 1. Januar 1894 52 450,90 M. Der Anlaß des Verbandshauses war ziemlich groß; auch bestehen noch Verbandsgeschäfte in Hamburg und Hannover. In den Geschäften wurden durchschnittlich etwa 100 Mann beschäftigt. Die Mitgliederzahl und die Organisation vergrößert sich fortwährend. Es bestehen in verschiedenen Städten des Deutschen Reiches zur Zeit 13 offizielle Bezirksvereine, 7 feste Organisationen, 2 „Hilfe“ Vereine und 12 Ortsgruppen, sodas der Verband in 34 Vereinen organisiert ist. Die Ortsgruppen zerfallen zum größten Theil auf Berlin und Bremen. Die Bezirksvereine bemühen sich ebenfalls für die berufliche Ausbildung der Mitglieder Sorge zu tragen. An die Verhandlungen, die bis in die späte Nacht andauerten, schloß sich ein Festschmaus an.

Gerichts-Beilage.

Gerichtsberechtig.
Kammer I. Vorsitzender: Assessor Tschow. Sitzung vom 6. Juni.

Die Schneiderin W. fordert von ihrem ehemaligen Arbeitgeber, Stach, 4,50 M. Restlohn. Das Geld wurde ihr einbehalten, als sie ihre Stellung bei St. aufgab. Der Beklagte will zur Einbehaltung des Geldes insofern berechtigt gewesen sein, als die Klägerin den Arbeitsvertrag gebrochen und ohne Kündigung aufgehört habe. Er verlangt deshalb die Verurtheilung derselben zu einer Entschädigung im Betrage des ortsüblichen Tageslohnes für eine Woche. (§ 124b der G.-O.) Der Klägerin gelang es, nachzuweisen, daß sie mit Ausschluß der letzten vierzehn Tage beim Beklagten jede Woche annähernd oder über 11 M. im Monat verdient hat, in den letzten beiden Wochen aber nur auf je 6 M. gekommen ist. Aus diesem Grunde hielt sie sich zur sofortigen Lösung des Arbeitsverhältnisses berechtigt. Sie stützt sich auf § 124,4 der Gewerbe-Ordnung, nach dem derjenige, „vor Ablauf der vertragmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung“ die Arbeit verlassen kann, dessen Arbeitgeber „bei Stücklohn nicht für ausreichende Beschäftigung sorgt“. Beklagter wurde gemäß dem Anspruche der Klägerin verurtheilt und mit seiner Gegenforderung abgewiesen.

Frau Köhn will von dem Schneidermeister Orzesinski für eine Woche den ortsüblichen Tageslohn, weil sie eines Tages engagirt worden ist, am anderen Morgen aber nicht zur Arbeit zugelassen wurde. Sie zitierte im ersten Termin den § 124b der Gewerbe-Ordnung, wonach dem Gesellen oder Gehilfen (also auch der Gehilfin) das Recht zusteht, bei vertragswidriger Entlassung Entschädigung für den Tag des Vertragsbruchs und je den folgenden Tag der vertragmäßigen oder gesetzlichen Arbeitszeit, höchstens aber für eine Woche, den Betrag des ortsüblichen Tageslohnes fordern zu können, ohne an den Nachweis eines Schadens gebunden zu sein. Klägerin giebt zu, insofern ihrer Nichtbeschäftigung durch W. nur einen Tag arbeitslos gewesen zu sein. Für diesen Tag billigte ihr der Gerichtshof 2,50 M. zu und wies sie mit der Mehrforderung ab. Eine Begründung dieses nach unserer Ansicht irrigen Urtheils erfolgte nicht.

Kammer VII. Vorsitzender: Assessor Korn. Sitzung vom 7. Juni.

Freiwillige Aufgabe des Arbeitsverhältnisses. Wegen unrechtmäßiger Entlassung klagt der Drochsenkutschner H. gegen den Fuhrherrn Müller auf Zahlung einer Lohnentschädigung. Der Beklagte behauptet, Kläger sei gar nicht entlassen worden, sondern freiwillig gegangen; er habe nur aussetzen sollen, weil seine Pferde am fraglichen Tage wegen Krankheit und Abhegung nicht zum Fahren geeignet waren. Als Zeugen werden vernommen der noch in den Diensten Müller's stehende Stallmann und die Frau des Beklagten. Ersterer sagt aus und beschwört, im Auftrage Müller's dem Kläger ausdrücklich am betreffenden Tage gesagt zu haben, für heute hätte Müller keine Pferde für ihn. Der Kläger habe darauf geäußert: „Na, dann kann ich ja gehen“, und habe von der Frau Müller seine Karte gefordert. — Frau Müller will den Kläger ersucht haben, doch zu bleiben, warum er denn aufhören wolle, er wolle doch mal erst mit ihrem Mann reden. Der Kläger giebt an, davon nichts gehört zu haben, Frau Müller habe im Gegentheil mit ihrem Mann wegen seiner Entlassung reden wollen, schließlich habe sie ihm, Kläger, jedoch seine Karte gebracht.

Der Kläger wurde abgewiesen. Gründe: Der Gerichtshof sei sich dahin einig geworden, daß die Szene so gewesen, wie sie der Stallmann eidlich versichert habe. Es wäre somit der Fall eingetreten gewesen, daß der Kläger aussetzen mußte. Wenn er in der Mittheilung des Stallmannes eine Entlassung sah — die sie nach dessen eidlicher Aussage nicht gewesen — dann hätte er nach Ansicht des Gerichts die Pflicht gehabt, zum Beklagten zu gehen und ihn um Auskunft (über etwaige Entlassungsgründe u. c.) zu ersuchen. Nach dem Ergebnis der Beweiserhebung habe nur eine freiwillige Aufgabe des Arbeitsverhältnisses angenommen werden können.

Ein Entschädigungsprozess des Hausdieners W. gegen den Kaufmann F. Lehmann sollte Anfangs durch einen Eid des

Kläger entschieden werden. Da wurde durch einen Zeugen festgestellt, daß der Kläger bei seiner Entlassung die ihm vom Beklagten zugewiesene Entschädigung für acht Tage ohne Widerspruch angenommen hat. (Der Kläger beansprucht nämlich für eine weitere Woche Lohnentschädigung, mit der Begründung, ein Anrecht auf die gesetzliche vierzehntägige Kündigungsfrist zu haben.) Das Gericht nahm nunmehr davon Abstand, den auswärts weilenden Kläger verurteilen zu lassen. Durch die Zeugenansage hielt es für erwiesen, daß der Kläger mit einer nur achtstägigen Entschädigung einverstanden war, und wies ihn ab. Das stillschweigende Einverständnis mit der erhaltenen Entschädigung nehme ihm das Recht zu weiteren Ansprüchen aus demselben Arbeitsverhältnis. Ob achtstägige oder vierzehntägige Kündigungsfrist vorlag, habe infolge des Einverständnisses W. mit der Entschädigung für acht Tage nicht erst erwiesen werden brauchen.

Mehrere Arbeiter spalteten am Leipzigerplatz in Berlin für eine in Berlin und Nizdort eingetragene Firma (Schäffer, Zuhaber Schindler) Holz. Sie erhielten ihren Verdienst nicht vollständig ausgezahlt, weshalb sie beim Gewerbeamt klagen wollten; dieses wies sie auf einen Antrag des Beklagten — wegen Unzuständigkeit — ab. Und zwar wurde das Gewerbeamt deshalb als unzuständig angesehen, weil die streitige Verpflichtung nicht in Berlin zu erfüllen gewesen sei. Der Vertreter des Klägers, die sog. Kolonne bildeten, hatte nämlich den auf der Berliner Arbeitsstätte zu verteilenden Verdienst der Klägers stets aus dem auf Nizdort Gebiet gelegenen Geschäftskontopost des Beklagten geholt.

Kammer VI. Vorsitzender Assessor Leo. Sitzung vom 6. Juni.

Verpflichtete Zeugen-Ablehnung. 84 M. fordert ein Kellner vom Direktorium des Savoy-Hotels, behauptend, er sei von dem Oberkellner Kleinschmidt fest, bei Lohn und freier Station, engagiert worden; nach einigen Tagen habe ihm derselbe jedoch gesagt, er sei nur Lohnkellner, und habe ihn entlassen. Mit der freien Station sei er hingegeben worden; das Bett und das Zimmer sollte noch nicht in Ordnung sein. — Der Vertreter der beklagten Direktion erhebt zunächst den Einwand, das Engagement des Klägers sei, wenn auch dessen Angaben zutreffen würden, nichtig. Dem Herrn Kleinschmidt stehe die Befugnis, Kellner zu engagieren, garnicht zu, sondern nur dem Direktor K. Während der Verhandlung erscheint Herr Kleinschmidt, auf dessen Zeugnis betreffs des Engagements sich nun der beklagte Vertreter beruft. Das Gericht lehnt nach erfolgter Vernehmung das Zeugnis Kleinschmidt's aus folgenden Gründen ab: Der Zeuge habe augenscheinlich der beklagten (der Direktion des Savoy-Hotels) den Preis eingeräumt, es liege also die Möglichkeit vor, daß er regreßpflichtig gemacht werde. Dies beeinträchtigt aber seine Glaubwürdigkeit. — Dem Kläger wurde der Eid über seine Angaben auferlegt, er leistet denselben. Um einen neuen Termin zu sparen, ermäßigt der Kläger seinen Anspruch auf 60 M.; die Höhe der Trinkgeldentrichtung wurde nämlich bemängelt. Nunmehr erkannte der Vertreter der beklagten die Zahlungspflicht an, unzweifelhaft wäre sonst die Verurteilung derselben ausgesprochen worden.

Die Leittungsarten der Alters- und Invaliditätsversicherung bilden nach einem Urteil des Reichsgerichts vom 8. Juni keine beweiserheblichen Urkunden in bezug auf das Alter der Versicherten.

Genosse Dr. med. Jabel hatte sich am Sonnabend vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II wegen Verleumdung der preussischen Reserve-Offiziere zu verantworten. Der Angeklagte hat am 20. Juni v. J. in einer Wählerversammlung zu Berlin über die Militärvorlage und den Militarismus gesprochen und dabei über Reservelieutenants-Schneidigkeit sich in einer Weise geäußert, die zwar auf Antrag des Kriegsministers vom Staatsanwalt unter Anklage gestellt war, in der aber die Strafkammer, vor die Jabel gestellt wurde, nichts Strafbares zu erkennen vermochte, da in ihr nur das außerdienstliche Verhalten der Reservelieutenants geschildert war. Jabel wurde daher, wie noch erinnert sein dürfte, freigesprochen. Auf Antrag des Staatsanwalts hob jedoch das Reichsgericht am 6. März das freisprechende Erkenntnis auf und verwies die Sache an das Landgericht II. Hier machte der Angeklagte mit Hilfe seines Verteidigers, Rechtsanwält Heine, wiederum geltend, daß er nicht alle Reserve-Offiziere, sondern nur einen bestimmten Typus derselben im Auge gehabt, und nur das außerdienstliche Verhalten kritisiert habe. Es sei mithin der Kriegsminister zur Stellung des Strafantrages gar nicht berechtigt. Der Gerichtshof war jedoch an die Motive des Reichsgerichts gebunden, nach denen die inkriminierten Äußerungen nur auf den militärischen Beruf bezogen werden können. Es wurde daher auf 300 M. Geldstrafe erkannt. Dem Kriegsminister wurde die einmalige Publikation im „Reichs-Anzeiger“ zugesprochen.

Die Proletariats-Arede. Eine löbliche Beleidigungs-Klage wird nächstens in Gärlich zur Verhandlung kommen. Einer der vielen in der schlesischen „Pensionopolis“ mit Vorliebe ihren Ruhegehalt verzehrenden pensionierten Offiziere hatte nämlich in der Arrede mit „Sie“ in einem Schreiben, das nach Formular verfaßt ist und dem Offizier vom Magistrat zugegangen war, eine Ungehörigkeit erblidigt, da er glaubte, daß er verlangen könne und auch bisher stets gewohnt gewesen sei, von jeder Behörde nicht nur auf dem Briefumschlag mit „Hochwohlgeboren“ bezeichnet zu werden, was hier übrigens auch geschehen war, sondern auch in dem Text der an ihn gerichteten Schreiben stets mit „Ew. Hochwohlgeboren“ angedeutet zu werden. Hier aber hatte das gedruckte Formular in dem an den Rittmeister a. D. v. A. „Hochwohlgeboren“ überschriebenen Briefumschlag ganz einfach begonnen: „Sie werden hierdurch benachrichtigt u. s. w.“. Es handelte sich um Steuerveranlagung. In einem Schreiben an den Magistrat verbat sich der Rittmeister v. A. diese „Proletariats-Arede“, wie er die Arrede mit „Sie“ bezeichnete und sprach die Erwartung aus, künftig in der oben erwähnten Weise angedeutet zu werden. Der Magistrat erwiderte in ruhigem, sachlichen Tone, er könne aus solchen Gründen unmöglich seine Formulare ändern. Die von dem Rittmeister a. D. v. A. an den Magistrat gerichtete Erwiderung soll, so wird der „Königschen Zeitung“ gemeldet, so beleidigender Natur sein, daß die Behörde unter Uebersendung dieses Schriftstückes an die Staatsanwaltschaft um Erhebung der Klage gegen den Rittmeister a. D. v. A. wegen Verleumdung ersucht hat.

Ein Stück Revolver-Journalistentum kam am 8. Juni vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Vor dem Landgericht G. L. a. H. hatte sich am 7. März der Berichterstatter Josef Heintze von dort auf die Anklage der Verleumdung zu verantworten. Er ist, ebenso wie ein anderer dortiger Berichterstatter P., Mitarbeiter an sechs Zeitungen und liefert wie jener Berichte über die Verhandlungen der dortigen Strafkammer. Als ein Inspektor S. wegen Beschimpfung der evangelischen Kirche verurteilt worden war, machte er demselben begreiflich, daß die Veröffentlichung unterbleiben könne, wenn ihm und seinem Kollegen der dadurch entstehende Schaden, der sich auf insgesamt 15 M. belaufe, ersetzt werde. S. zahlte dann auch 15 M., welche Heintze mit seinem Kollegen P. theilte, und die Veröffentlichung unterblieb. Das Landgericht sprach Heintze frei; es ging davon aus, daß er offenbar davon überzeugt war, daß ihm ein gutes Recht auf jenen Betrag zustehe und daß er deshalb nicht das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehabt habe. — Auf die Revision des Staatsanwalts hob das Reichsgericht das freisprechende Erkenntnis auf und verwies die Sache an das Landgericht Reife. Das Reichsgericht war der Meinung, daß der Angeklagte dem S. ein Uebel angedroht, nämlich die Veröffentlichung seiner Verurteilung und daß er sich einen Vermögensvorteil verschafft habe, auf den er keinen Anspruch hatte. Daß es geschehlich dem Angeklagten unversehrt war, die Veröffentlichung vorzunehmen, könne seine Drohung nicht zu einer Erlaubnis machen; ebenso wenig werde durch diesen Umstand der erlangte Vermögensvorteil zu einem nicht rechtmäßigen. Ebenso sei auch das Urteil in subjektiver Hinsicht mangelhaft; denn der Angeklagte zu gute gerechnete gute Glaube sei nicht ein Irrthum über irgend welche juristische Bestimmungen, sondern über den strafrechtlichen Begriff des rechtswidrigen Vermögensvorteils.

Die Reihe der preßfreundlichen Urtheile, welche unter neureichdeutscher Herrlichkeit von höchsten Gerichtshöfen gefällt oder bestätigt worden sind, hat eine würdige Bereicherung erfahren bei der Revision des Urtheils in Sachen Werner, die am 7. Juni vor dem Reichsgericht zur Verhandlung stand. Es handelte sich hierbei um die Frage, in wie weit ein Drucker für den Inhalt der ohne sein Wissen in seiner Druckerei herausgegebenen Preßzeugnisse verantwortlich gemacht werden kann. Das vom Landgericht I Berlin gefällte Urteil, durch welches Werner in seiner Eigenschaft als Buchdruckereibesitzer wegen Beihilfe zu einem Vergehen gegen § 180 des Strafgesetzbuchs (Anreizung zu Gewaltthätigkeiten gegen die öffentliche Ordnung) zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, ist durch Verwerfung der Revision vom Reichsgericht bestätigt worden. Bezüglich der Mitschuld Werner's an der Straftat des „Sozialist“ sind folgende Stellen des Landgerichts-Urtheils von Bedeutung: Daß Werner von dem Inhalt des Artikels vor seiner Veröffentlichung Kenntnis gehabt habe, ist allerdings nicht als erwiesen angenommen worden. Nach seiner Stellung zur Partei, der er vorbehaltlos seine Druckerei zur Verfügung gestellt, und nach seiner sonstigen agitatorischen Thätigkeit ist indessen anzunehmen, daß er Kundgebungen dieser Art vorausgesehen hat und lediglich um sich der Verantwortung vor dem Strafrichter zu entziehen, mit den Redakteuren vereinbart hat, daß er persönlich mit dem Druck und Vertrieb nichts zu schaffen habe. Er ist hiernach mit der Tendenz und auch dem Inhalt und der Form der zu veröffentlichenden Artikel

einverstanden gewesen. Er hat für den Fall, daß die Artikel auch gegen die Gesetze verstoßen, deren Veröffentlichung unterliegt, und galt dies auch von Kundgebungen, durch welche zu Gewaltthätigkeiten zwischen verschiedenen Bevölkerungsklassen aufgereizt wurde. Hiernach ist der dolus eventualis bei ihm für vorliegend erachtet worden. — Gegen dieses Urteil haben Elendt und Werner Revision eingelegt. Es wurde Verlegung des § 180 St.-G.-B. und des § 20 Preßgesetz gerügt und aufgeführt, daß es dem einfachen logischen Denken widerspreche, jemand der Beihilfe zu einer That für schuldig zu erklären, von deren Begehung er gar keine Kenntnis gehabt habe. Andernfalls müßten auch die Abonnenten wegen Beihilfe bestraft werden, weil diese durch ihr Abonnement ebenfalls die Straftat fördern. — Der Reichsanwalt Walli hielt das Urteil, soweit es Werner betrifft, zwar nicht für ganz bedenkenfrei, war aber doch der Ansicht, daß es bei richtiger Interpretation (H) zu halten sei. Er führte in dieser Beziehung folgendes an: Die Reichsanwaltschaft nimmt an, daß der erste Richter, wenn auch in unklarer Ausdrucksweise, seine Ansicht dahin ausgesprochen hat: Der Angeklagte hat, wenn ihm auch nicht nachgewiesen ist, daß er den Artikel vorher gelesen, doch den Inhalt der durch die Zeitschrift zu veröffentlichenden Artikel insoweit gekannt, daß er sich darüber, daß in ihrem Inhalt eine Aufreizung der hilflosen Klassen zu Gewaltthätigkeiten gegen die besitzenden Klassen, und zwar öffentlich und in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise gegeben war, nicht im Zweifel befunden. Für diese Auslegung spricht dasjenige, was über die Persönlichkeit und die Thätigkeit Werner's gesagt worden ist, daß er der leitende Kopf gewesen, daß die Verabredung, wonach er persönlich der Redaktion fernbleiben sollte, lediglich getroffen ist, um ihm Dedung zu gewähren, und daß er mit dem Inhalt der zu veröffentlichenden Artikel einverstanden gewesen ist. Wenn man in diesem Sinne das Urteil auslegt, also dahin, daß der Angeklagte soviel gewußt hat, daß er, indem er seine Zeitung für derartige Artikel hingab, zugleich der Straftat nach § 180 Vorwurf leistete, so würde vom Standpunkt einer derartigen Interpretation die Revision zu verwerfen sein. — Das Reichsgericht schloß sich diesen Ausführungen vollständig an und verwarf die Revision.

Briefkasten der Redaktion.

- Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.
- S. E. 95.** § 360 Nr. 2 St.-G.-B. bedroht mit Strafe (Haft bis 6 Wochen, Geldstrafe bis 150 M.) „wer außerhalb seines Gewerbetriebs heimlich oder wider das Verbot der Behörde Vorräthe von Waffen oder Schießbedarf aufammelt“. Der bekannte Unfugspargraph (§ 360 Nr. 11) bedroht mit gleicher Strafe den „der ungebührlicher Weise ruhestörenden Lärm erregt oder wer groben Unfug verübt.“
 - Haase.** Bitte um baldgültigen Besuch in der Sprechstunde.
 - P. P. 21.** Die Sachlage ist leider zweifelhaft, da Sie eine bestimmte Vereinbarung nicht getroffen haben. Eine Klage wäre daher nicht anzurathen.
 - 300 Wilhelm.** Ende der sechziger Jahre.
 - H. E. 547.** Tragen Sie auf Ausstellung eines Armen-attestes beim Bezirksvorsteher an, reichen Sie dies dann dem Landgericht mit dem Antrag auf Bewilligung des Armenrechts ein. Durch Bewilligung des Armenrechts verlieren Sie keinerlei politisches Recht. Vorher müssen Sie — hierzu bedarf es keines Vorschusses — beim Amtsgericht Anberaumung eines Sühneterrains beantragen und denselben wahrnehmen.
 - Liebenwaderstrafe.** Gefängnisstrafe, etwa 3 Monate.
 - G. E. 100.** Wer einen ihm gehörigen Hundemarktschein vernichtet, macht sich zwar nicht strafbar, ist aber wohl für Dalkdorf reif.
 - R. W. 2000.** Kommen Sie gelegentlich in die Sprechstunde.
 - St. 1 a.** Leider stehen einem Mädchen Alimentenansprüche gegen einen zweiten Schwängerer nicht zu.
 - J. G.** Die Frauen können leider nur auf dreiviertel Tag Arbeitslohn klagan.
 - J. S. N. 55.** Ein ähnlicher Gesetzentwurf wird möglicherweise dem Reichstag in künftiger Session vorgelegt werden. Geseh kann er unmöglich bereits zum 1. 10. werden.
 - S. Schulz.** Eine solche ist uns nicht bekannt.
 - N. 12.** 1. Ja. 2. Nein.
 - H. S. Frankeuth.** Unseres Wissens existirt dort keine.
 - H. S. 1.** Frankfurt a. M. 2. Parteigenossen, deren Parteizugehörigkeit vom Vertrauensmann seines Wahlkreises bestätigt ist, können Anträge zum Parteitage stellen.
 - H. Jahn, Charlottenburg.** Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Hamburg, Zollvereinsniederlage 13, wird auf die gestellte Frage Antwort geben können.



Große Ersparniß im Haushalt!



F.F. Resag's Kaffeeersatz

macht den Kaffee kräftig und wohlschmeckend, liefert auch ohne Zusatz von Bohnenkaffee ein angenehmes gesundes Getränk.

Zu haben in den meisten Kolonialwaaren-Geschäften. à Pfund 40 Pf.

Mittheilung für die Herren Gastwirthe!

Erlaube mir hierdurch anzuzeigen, daß ich aus dem Verein der Berliner Brauereien ausgeschieden bin, und offerire mein goldfarbnes und dunkles (Münchener Farbe) Carlsberger Bräu mit 21 Mark pro Conne inkl. Spundgeld.

243L*

Friedrich Reichenkron, Brauerei-Carlsberg, Charlottenburg, Spreestraße 3 (Telephon Nr. 83).

Frucht-Säfte

Gimbeer-, Birsch-, Johannisbeersaft, vorzüglich, Literflasche 1,30 Mk. Eugen Neumann & Co., 781 M. 6a Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81, 8 Oranienstr. 8

Metzner's Korbwaaren-Fabrik, Berlin.

1. Gesch.: Andreasstr. 23, S. nr. gegenüb. Andreaspl. 2. Gesch.: Brunnenstr. 95, gegenüb. Humboldtschajn

Kinderwagen

größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß er nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe.

Kinderwagen

größt. Lager, billigste Preise, v. 10 M. an.

W. Holze,

Oranienstraße 3.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L* am hiesigen Plage wie bekannt **größte Auswahl!** Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sammlische im Handel befindl. Rohstoffe sind am Lager.

A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

6 Pfund Albrecht's Bäckerei

Brot für 50 Pfennig liefert Wrangel-Strasse 8, Langestr. 26, Falkensteinstr. 23.

Unfallhaken, Klagen, Eingaben, Puffer, Steglitzstr. 83.

!!! 1000 Damen !!!

Staub- u. Regenmäntel v. 4-20 M., Sammet-, Seiden-, Spitzen-Kragen 2 bis 15 M., Jaquots mit Seidenfutter 4 bis 10 M., Raster- u. Partiewaaren-Handlung Landsbergerstr. 48, L.

!Roh-Tabak!

Sämmtl. in- und ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billiger Preislage, empfiehlt

Heinr. Franck, Handlung, Brunnenstrasse 185.

Sophastoff-Reste

in Bips, Damast, Crêpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Morquets spottbillig! Proben franko! 6150L*

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz hütige Haupt- u. Spezial-Agenten. Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert. Offerten unter O. P. 2 nimmt die Expedition entgegen. 219L*

Flaschen und Kruken

mit und ohne Patentverschluss liefert

Carl Erdmann, Berlin S., Annenstr. 17/18.

Man verlange Preislisten.

Cohn's Hosenfabrik,

als billigste Quelle Berlins für Herren- u. einzelne Kinderhosen befindet sich jetzt

60012*

Pallisadenstr. 5, part.

Cigarren eigner Fabrik

von

Heinr. Bräuer, Forsterstr. 2,

Freunden u. Genossen bestens empfohlen.

Aleiderspind, Vertikow, sofort, spottbillig, billig, Tischlerei Oranienstr. 158. Theilzahlung. 528M

Junger Arbeiter-Gesangverein in Cöpenick

sucht einen tüchtigen Dirigenten. [72/7] Offerten zu richten an Gastwirth Gant, Grünstr. 53. Persönliche Meldungen Abends 8-10 Uhr ebendasselbst.

Als Redakteur oder Expedient

sucht ein auch rednerisch gewandter Parteigenosse, welcher längere Jahre an einem mittleren Parteiorgan thätig war, sich zu verändern. Gest. Off. unter Nr. 100 an die Expedition des „Vorwärts“ erbeten.

Arbeitsmarkt. Wiedlermeister.

Von einer Dynamo-Fabrik Mitteldeutschlands wird zu sofortigem Eintritt ein durchaus tüchtiger, energischer Wiedlermeister, der im Wiedeln von Trommelankern, Magneten u. s. w. praktische Erfahrung hat, gesucht. Ferner finden noch einige tüchtige Wiedler, welche durchaus selbständige Arbeiter sind, gegen hohen Lohn und eventuelle Vergütung der Umzugskosten Beschäftigung. 420/12 Angebote unter C. B. 52 an die Ann.-Exp. v. G. L. Daube & Co., Frankfurt a. M.